

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Löning, Michael Link (Heilbronn), Florian Toncar, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Europäisches Parlament stärken – Sitzfrage durch Europaparlamentarier entscheiden lassen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Rainer Steenblock, Jürgen Trittin, Omid Nouripour, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments gänzlich in Brüssel und Tagungen des Europäischen Rates in Straßburg abhalten

– Drucksachen 16/9427, 16/8051, 16/9697 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Thomas Dörflinger

Michael Roth (Heringen)

Markus Löning

Dr. Diether Dehm

Rainer Steenblock

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Michael Roth, SPD-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Telefonieren in Europa wird günstiger. Die Handytarife sinken deutlich ab Juli dieses Jahres. Offen gestanden würde ich über dieses erfreuliche Thema, das unmittelbar mit dem konkreten Handeln der Europäischen Union verknüpft ist, lieber reden. Da der Bericht über die Ergebnisse der Ausschussberatungen allerdings jetzt vorgelegt wurde, möchte ich mich stellvertretend für meine Fraktion einer Frage widmen, mit der wir uns und mit der sich Europäerinnen und Europäer schon seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten auseinandersetzen: der Frage des Sitzes des Europäischen Parlamentes.

Sie alle wissen: Es gibt Themen, die sich reinen Kostenargumenten, reinen Finanzargumenten oder einer rein ökonomischen Sichtweise entziehen. Wer wüsste das besser als wir? Erinnern wir uns an das Jahr 1991, als der Deutsche Bundestag in Bonn heftig und intensiv über den Sitz von Bundestag und Bundesregierung beraten und dann eine knappe Entscheidung getroffen hat. Damals wurde ein Kompromiss gefunden, der heute nicht wenigen, zu denen auch ich mich zähle, nicht unbedingt

Michael Roth (Heringen)

- (A) schmeckt. Denn ein Teil der Bundesregierung mit vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern befindet sich immer noch in Bonn und nicht am Sitz des Deutschen Bundestages.

Ich beschreibe das deshalb in dieser Ausführlichkeit, weil wir alle uns in dieser Frage – ganz gleich, wie wir uns persönlich positionieren – eine gewisse Zurückhaltung auferlegen sollten;

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Sehr wahr!)

denn bei diesem Thema geht es auch um Emotionen und um nationale und europäische Symbole. Wer will den Kolleginnen und Kollegen aus Frankreich verdenken, dass sie sich selbstverständlich mit sehr viel Herzblut und aus tiefster Überzeugung für die europäische Stadt Straßburg als Sitz des Europäischen Parlamentes einsetzen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Thomas Dörflinger [CDU/CSU])

Wer will ihnen das verübeln?

Dennoch sage ich ganz persönlich – darüber haben wir auch im Ausschuss diskutiert, und dem stimmen sicherlich viele Kolleginnen und Kollegen, die regelmäßig in Straßburg oder Brüssel weilen, zu –, dass viele gute Gründe für *einen* Sitz des Europäischen Parlamentes sprechen, und zwar in Brüssel.

- (B) In Brüssel sitzen die Europäische Kommission und der Ministerrat, und dort arbeiten und wirken viele andere Akteure, die mit der Europapolitik verbunden sind.

Aber so einfach ist es nicht, vor allem deshalb, weil es hier nicht um das Interesse eines Mitgliedstaates allein geht. Im Vertrag von Maastricht ist ausdrücklich geregelt, dass der Rat über die Frage des Sitzes des Europäischen Parlamentes einstimmig zu befinden hat. Das haben wir zu respektieren. Deswegen sind nationale Alleingänge in dem Sinne, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, in Brüssel, im Europäischen Rat oder im Ministerrat, einmal richtig auf den Putz zu hauen, nur begrenzt erfolgversprechend. Das wissen auch alle. Das hat auch schon der eine oder andere Kollege im Europaausschuss gesagt.

Die Debatte kommt, selbst wenn sie aus vielerlei Gründen durchaus nachvollziehbar sein mag, zur Unzeit. Wir alle wissen, dass wir momentan ein großes Projekt zu stemmen haben, mit dem sich viele von uns seit Jahren beschäftigen. Es geht um die Frage: Wie geht es in der Europäischen Union institutionell und programmatisch weiter? Der Vertrag von Lissabon ist immer noch nicht von allen ratifiziert. Es gibt, wie wir wissen, immer noch große Probleme in Tschechien, und in Irland steht uns ein zweites Referendum bevor. In Deutschland steht die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch aus. Ob es hilfreich ist, gerade in dieser schwierigen Phase europäischen Handelns die Frage des Sitzes des Europäischen Parlamentes aufzubringen und damit das Tableau endgültig zu überfrachten, daran haben ich und viele Kolleginnen und Kollegen nicht nur meiner Fraktion erhebliche Zweifel.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU) (C)

Das muss bei allem Respekt gegenüber den Kolleginnen und Kollegen von FDP und Grünen, die diese Anträge erarbeitet haben, deutlich gesagt werden.

Lassen Sie mich ein Letztes hinzufügen, das deutlich macht, wie weit Anspruch und Wirklichkeit manchmal auseinanderliegen. Erinnern Sie sich noch an unseren Antrag zu dem sogenannten Agentur-Unwesen in der Europäischen Union

(Heiterkeit des Abg. Axel Schäfer [Bochum] [SPD])

und daran, dass auch in Deutschland gleich die Finger hochgingen, als eine neue Agentur – wie beispielsweise das Europäische Technologieinstitut –, eine neue EU-Institution aus der Taufe gehoben wurde? Sind wir heute nicht alle stolz darauf, dass Frankfurt am Main Sitz der Europäischen Zentralbank, einer ganz bedeutenden europäischen Institution, ist? Ist es nicht selbstverständlich, dass zu einem föderalen Aufbau der Europäischen Union gehört, dass Institutionen, Organisationen, Behörden nicht in einer einzigen Stadt gebündelt sind? Im Übrigen ist das auch in Deutschland nicht so. Es macht doch gerade die Vielfalt und die Stärke Europas aus, wenn sich alle Bürgerinnen und Bürger dem vereinigten Europa durch die Ansiedlung einer Institution oder eines Organs verbunden fühlen können.

Deshalb bitte ich in der sich anschließenden Debatte um ein gewisses Maß an Zurückhaltung und an Toleranz denjenigen gegenüber, die Gründe dafür finden, warum Straßburg als Sitz des Europäischen Parlaments durchaus eine Daseinsberechtigung hat. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Daniel Volk, FDP-Fraktion.

Dr. Daniel Volk (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Michael Roth hat in seiner Rede eine Parallele zum Umzug des Deutschen Bundestages von Bonn nach Berlin gezogen.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Vorsicht!)

Diese Parallele ist falsch.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Richtig!)

Denn im Gegensatz zum Europäischen Parlament durfte der Bundestag selbst entscheiden. Wir als FDP wollen, dass auch das Europäische Parlament selbst entscheiden darf, wo es seinen Sitz haben will.

(Beifall bei der FDP)

Gerade einmal zwölfmal im Jahr tagt das Plenum des Europäischen Parlamentes für jeweils vier Tage an seinem offiziellen Sitz in Straßburg. Brüssel, wo nicht nur Ausschüsse, Fraktionen und andere parlamentarische Gremien tagen, sondern auch die Kommission und der

Dr. Daniel Volk

- (A) Rat ihren Sitz haben, ist jedoch der wichtigste Arbeitsort. Deshalb tritt das Parlament regelmäßig in Brüssel zusammen. Zu guter Letzt befindet sich fernab von der eigentlichen parlamentarischen Arbeit in Luxemburg das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments. Damit ist das Europäische Parlament weltweit das einzige Parlament, das nicht nur einen, sondern gleich drei offizielle Standorte in drei verschiedenen Ländern hat.

Was hat das zur Konsequenz? Zurzeit werden in drei Städten insgesamt 22 Gebäude unterhalten, darunter zwei voll ausgestattete Plenargebäude. Hinzu kommen für jeden der 785 Abgeordneten und deren Mitarbeiter je ein Büro in Brüssel und in Straßburg. Auch das Parlamentssekretariat muss in beiden Städten zusätzliche Gebäude unterhalten. Dies macht unter dem Strich mehr als 4 800 Büros in Brüssel, 2 650 Büros in Straßburg und 2 000 Büros in Luxemburg. Außerdem sind 785 Abgeordnete und mehr als 3 000 Mitarbeiter zwölfmal im Jahr Teil eines riesigen Wanderzirkus,

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das ist nicht nur beim Europäischen Parlament so!)

bei dem nicht nur sie zwischen Brüssel und Straßburg pendeln, sondern auch das jeweils benötigte Aktenmaterial mit Lastwagen von einem Standort zum anderen transportiert wird.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Leider wahr!)

- (B) Das ist nicht nur ein unglaublicher Verlust an Arbeitszeit. Hier werden auch Unmengen an Kapazitäten und damit Steuergelder verschwendet;

(Beifall bei der FDP)

denn die Straßburger Gebäude werden nur an insgesamt knapp 50 Tagen im Jahr genutzt und stehen im Übrigen leer, übrigens bei vollen Unterhaltungskosten.

Die angesprochenen Gesamtkosten belaufen sich an den drei verschiedenen Standorten auf rund 250 Millionen Euro im Jahr. Nun wurden wir in den letzten Monaten wegen der Finanzkrise mit schwindelerregend hohen Zahlen konfrontiert, gegen die 250 Millionen Euro möglicherweise lächerlich wirken. Aber ich setze es Ihnen einmal in Relation: 250 Millionen Euro sind mehr als 15 Prozent des Gesamtbudgets des Europäischen Parlaments. Mit 250 Millionen Euro könnten Sie weitere 100 000 Autokäufer mit Ihrer famosen Abwrackprämie beglücken. Oder tun Sie doch einmal etwas für die Zukunft: Sie könnten jedem Neugeborenen zum Start ins Leben 370 Euro schenken. Sie könnten das Geld aber auch einfach – das mag für Sie, liebe Kollegen von den Steuererhöhungsparteien, jetzt wie ein Fremdwort klingen – nur sparen und damit Steuern senken.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Das ist so was von populistisch!)

Der eigentliche Skandal ist allerdings, dass das Europäische Parlament, Vertreter des Souveräns, nämlich der europäischen Bürger – in jeder Demokratie das höchste

Organ –, als einziges Parlament in Europa nicht selbst über seinen Sitz bestimmen darf, sondern ein fremdbestimmter Wanderzirkus ist. (C)

(Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh je!)

Im Gegensatz zu den Grünen wollen wir Liberale daher dem Europäischen Parlament nicht vorschreiben, wo es seinen ausschließlichen Sitz zu beziehen hat. Wir wollen dem Europäischen Parlament endlich das ureigene Recht geben, darüber selbst zu entscheiden.

(Beifall bei der FDP – Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Und die EZB?)

Sachlich ist diese Aufspaltung des parlamentarischen Betriebs auf drei Standorte und die damit verbundene offensichtliche Verschwendung öffentlicher Mittel nicht mehr zu rechtfertigen. Den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land ist dieses Verhalten schon lange nicht mehr zu vermitteln. Deshalb ist diese Frage bei allen Argumenten, die heute hier im Raum stehen, eine schwere Hypothek für das Ansehen der Europäischen Union und ihrer Institutionen. Sie sollten das öffentliche Interesse an dieser Frage nicht unterschätzen. Nicht umsonst hat die von der liberalen Europaabgeordneten und heutigen schwedischen Europaministerin Cecilia Malmström ins Leben gerufene One-Seat-Initiative in weniger als sechs Monaten weit mehr als 1 Million Unterstützer gefunden.

Als Fazit bleibt festzuhalten: eine massive Verschwendung von Steuergeldern, ein immenser bürokratischer Aufwand und der Wunsch der Europaabgeordneten, nur noch an einem Ort zu tagen. (D)

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Lassen wir doch die entscheiden!)

Geben wir den Abgeordneten doch endlich die Freiheit, diesen Irrsinn beenden zu können, und suchen wir nicht immer weiter nach Ausreden, warum das gerade nicht gehe! Die berechtigte Kritik an der unhaltbaren Aufspaltung sollte endlich ernst genommen werden, und es sollte die Voraussetzung für eine sinnvolle Regelung geschaffen werden. Dies wird aber nur gelingen, wenn das Recht, über die Sitzfrage zu entscheiden, auf eine breite parlamentarische Grundlage gestellt wird.

(Beifall bei der FDP)

Dies ist keine Angelegenheit von Regierungen, die mit einem Veto nationale Sonderinteressen durchsetzen können, sondern eine Frage der Glaubwürdigkeit der Europäischen Union als Ganzes. Außerdem geht es um die Frage, ob wir dem Europäischen Parlament endlich die Hochachtung einräumen, die wir auch jedem anderen Parlament geben. Das Europäische Parlament soll, wie jedes andere Parlament auch, nur noch an einem Ort tagen, und es sollte diesen Sitz nicht vorgeschrieben bekommen, sondern alleine darüber entscheiden dürfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

(A) Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Thomas Dörflinger, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir einen neutralen, klugen Kopf mit der Analyse von Arbeitsbedingungen verschiedener Parlamente innerhalb der Europäischen Union beauftragen würden, dann käme er vermutlich zu auch für uns überraschenden Erkenntnissen. Ich meine das insbesondere hinsichtlich der infrastrukturellen Voraussetzungen, unter denen diese Parlamente arbeiten. Insofern steht sowohl in dem Antrag der FDP als auch in dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen durchaus etwas Sinnvolles.

(Dr. Daniel Volk [FDP]: Hört! Hört!)

Unter den vielen Parlamenten hat das Europäische Parlament aufgrund seiner drei Sitzungsorte – sagen wir es vorsichtig – erschwerte Arbeitsbedingungen gegenüber vergleichbaren nationalen Parlamenten.

Ich nehme mir die Ratschläge unseres Koalitionspartners ja nicht immer zu Herzen, aber den Ratschlag, eine zurückhaltende Debatte zu führen, Herr Kollege Roth, will ich einmal ausdrücklich aufgreifen. Wir sind zwar zweifelsohne die Vertreterinnen und Vertreter des höchsten deutschen Parlaments, aber mit meinem Urteil darüber, Herr Kollege Dr. Volk, ob uns damit auch das Recht zuwächst, quasi im Stile eines Zensors über die Bedingungen von Kolleginnen und Kollegen zu richten, die in anderen Parlamenten arbeiten, wäre ich zurückhaltend.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU – Hellmut Königshaus [FDP]: Wer hat denn das Recht? – Dr. Daniel Volk [FDP]: Wir wollen ihnen das Recht geben!)

Weil wir eine Debatte im Grundsatz führen, will ich auch noch einmal einen Blick zurück in die Vergangenheit werfen, damit klar wird, aus welchem Grund wir und die Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament heute mit diesen drei Sitzungsorten arbeiten müssen bzw. dürfen. Das geht zurück auf die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahre 1952, bei der Straßburg als Tagungsort festgelegt wurde. Später, im Fusionsvertrag der Gemeinschaft von 1965, wurde Straßburg als Parlamentssitz bestätigt. Brüssel wurde als Standort von Rat und Kommission und Luxemburg als Standort des Europäischen Gerichtshofs und der Parlamentsverwaltung benannt. Das fiel also nicht vom Himmel.

Wir sollten auch nicht den Eindruck erwecken, als würden wir daran über eine einfache parlamentarische Initiative, auf die sich dann eine breite Mehrheit in diesem Hause stützen könnte, und durch die Aufforderung der Bundesregierung kurzfristig etwas ändern können; denn neben der Historie ist in diesem Falle auch ein Blick auf die Rechtslage hilfreich.

In diesem Fall geht es um Art. 289 EG-Vertrag. Dort sind diese drei Standorte unmittelbar festgelegt, ob uns das gefällt oder nicht. Ich persönlich kann durchaus mit Kritik an dem Status quo leben, da ich ihn wirklich nicht für optimal halte. Wir müssen aber zunächst einmal mit der Rechtslage leben, und dazu gehört – darauf hat der Kollege Roth schon hingewiesen –, dass die Entscheidung unter das europäische Primärrecht fällt und dass insofern Einstimmigkeit unter den 27 Mitgliedstaaten im Rat erforderlich ist.

Angesichts der Tatsache, dass diese Einstimmigkeit benötigt wird, glaube ich nicht, dass es der Gesamtbeantwortung dieser Frage dienlich ist, wenn ein einzelnes nationales Parlament – auch dann nicht, wenn es das deutsche ist, und zwar aufgrund des besonders guten Verhältnisses zu Frankreich – einen nationalen Vorstoß unternimmt.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass wir uns in diesem Hohen Hause vermutlich weitgehend oder vielleicht sogar vollständig darüber einig sind, dass das Europäische Parlament in Zukunft auf jeden Fall nur einen Parlamentsstandort und nicht mehrere haben sollte. Wir mögen uns darüber unterhalten, welcher der bisher drei Standorte es in der Zukunft sein sollte; dann sind wir mit der Einigkeit wahrscheinlich schon wieder am Ende. Damit sind wir im Deutschen Bundestag nicht alleine; auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments gibt es in dieser Frage ein breites Meinungsspektrum, um das einmal vorsichtig zu formulieren.

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden es mir nachsehen, dass ich als Südbadener mit besonderer geografischer und auch emotionaler Nähe zu Frankreich und aufgrund der Tatsache, dass wir unseren direkt gewählten europäischen Abgeordneten 1979 ins benachbarte Straßburg entsenden konnten, eine besondere Sympathie für Straßburg habe, und zwar auch deshalb, weil Straßburg zur Genese des Europäischen Parlaments gehört und ein Stück weit für eine gute Parlamentsgeschichte auf der europäischen Ebene steht. Die Position der französischen Regierung und bestimmt auch der Kolleginnen und Kollegen aus der Assemblée nationale hierzu kann ich durchaus nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich gebe zu, man kann aus Gründen der Synergie und der Effizienz durchaus auch zugunsten von Brüssel argumentieren. Ich sage aber noch einmal: Da wir im Rat Einstimmigkeit brauchen und wenn es unser gemeinsamer Wille ist, dass wir schlussendlich zu einer Lösung kommen, die tatsächlich nur einen Standort präferiert, sollten wir unser Augenmerk darauf richten, dass wir auch mit den Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments – vorzugsweise jeder mit seiner Fraktion – intensive Gespräche darüber führen, wie die Situation in Zukunft aussehen soll. Wir führen diese Gespräche nicht auf dem politischen Marktplatz, sondern vorzugsweise hinter verschlossenen Türen und weitgehend intern, weil dies – ich habe darauf hingewie-

Thomas Dörflinger

- (A) sen – insbesondere aus Sicht der französischen Regierung ein hochsensibles Thema ist, und zwar nicht nur für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Elsass, sondern für Gesamtfrankreich. Wenn die Bundeskanzlerin tatsächlich in einiger Zeit mit dem französischen Staatspräsidenten ein Gespräch unter vier Augen darüber führen sollte, was man zukünftig an den Parlamentsstandorten auf europäischer Ebene zu ändern gedenke, und sich der Deutsche Bundestag am Schluss der heutigen Debatte darauf einlassen würde, eine Entschließung zu verabschieden, die die Entscheidung der französischen Regierung sozusagen vorwegnimmt, dann sind diese Gespräche zwischen Nicolas Sarkozy und Angela Merkel zumindest in diesem Punkt bestimmt nicht sonderlich erfolversprechend.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Dann sind sie beendet!)

Ich möchte einen Punkt hinzufügen – denn ich sagte vorhin, wir seien nicht die Zensoren für andere europäische Parlamente; lassen Sie mich dies in der notwendigen Deutlichkeit auch vor dem Hintergrund der einen oder anderen Äußerung aus dem Europäischen Parlament in den letzten Tagen sagen –: Ich erwarte, dass die Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments in ihren Reihen eine engagierte Debatte erstens darüber führen, wie die Struktur der Parlamentsstandorte künftig aussehen soll, und zweitens darüber, wo es zukünftig rein geographisch langgehen soll.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) Dies wäre dann die Grundlage für zukünftige Verhandlungen; denn wir brauchen an dieser Stelle einen Beschluss des Europäischen Rates.

Ich will auf Michael Roth zurückkommen, der im Zusammenhang mit der Forderung, Straßburg zur Disposition zu stellen, auf den Standort der Europäischen Zentralbank hingewiesen hat. Ich erinnere mich deswegen sehr gut an die damalige Debatte, weil ein Argument der Bundesrepublik Deutschland insbesondere war, dass mit dem Standort Frankfurt, wo die Deutsche Bundesbank bis zu diesem Zeitpunkt für die Stabilität der D-Mark eingetreten ist, sozusagen eine Analogie dafür hergestellt werden könnte, dass sich die Europäische Zentralbank anschließend in gleicher Weise für die Stabilität des Euro einsetzt, und zwar auch emotional und atmosphärisch.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Genau so!)

Insofern habe ich für all diejenigen großes Verständnis, die sagen, Straßburg stehe für einen guten Teil der Geschichte des Europäischen Parlaments und dürfe nicht einfach mir nichts, dir nichts zur Disposition gestellt werden.

Ich wurde eben im Kollegenkreis darauf hingewiesen – auch mir ist dies aufgefallen –, dass über die Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments eine Debatte im Parlament immer dann geführt wird, wenn die Europawahl unmittelbar bevorsteht.

(Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Das ist sehr richtig!) (C)

Ich unterstelle niemandem irgendetwas. Aber angesichts dessen, dass wir am 23. April diese Debatte führen und die Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni des gleichen Jahres stattfinden, liegt der Verdacht nahe, dass das eine mit dem anderen in einem inhaltlichen Zusammenhang stehen könnte; ich formuliere hier bewusst sehr vorsichtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Zufall! – Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehen Sie sich einmal an, von wann die Anträge sind! Die sind über ein Jahr alt! Ein Quark!)

Ich wünschte mir, dass wir angesichts der Tatsache, dass wir als Deutscher Bundestag an dem von uns für die Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments als unbefriedigend angesehenen Zustand nichts ändern können, zumindest im Benehmen mit ihnen daran arbeiten, im Rahmen dessen, was uns möglich ist, für Verbesserungen zu sorgen. In der jüngsten Vergangenheit gab es durchaus Initiativen, die wir hätten nutzen können. Ich erinnere beispielsweise an eine Initiative aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament – sie ist gerade ein paar Tage alt –, in der vorgeschlagen wird, die sogenannten Minisitzungen in Brüssel auf ein Mindestmaß zu beschränken und so den Aufwand für Logistik und Transport – ich meine, den Personal- und Gepäcktransport von A nach B – nach Möglichkeit einzuschränken und am Standort Straßburg zu konzentrieren. Dann könnten wir – (D)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Dörflinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Alexander Ulrich?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

– lassen Sie mich diesen Satz noch zu Ende bringen, Frau Präsidentin; dann gerne – den Vorschlag der EVP zum Gegenstand einer Debatte machen, um im Rahmen dessen, was möglich ist, in Straßburg, Brüssel und Luxemburg für Verbesserungen zu sorgen.

Jetzt gerne, Herr Kollege Ulrich.

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Kollege Dörflinger, es ist sehr lobenswert, dass Sie sich Gedanken machen, ob gewisse Anträge und Formulierungen dem Europawahlkampf geschuldet sind. Sie wissen aber so gut wie ich, dass gerade die CSU immer Volksentscheide abgelehnt hat. Sie hat auch einen Volksentscheid über die EU-Verfassung und den Vertrag von Lissabon abgelehnt. Wie beurteilen Sie, dass Ihr neuer Ministerpräsident –

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

Ich habe keinen neuen. Günther Oettinger ist noch im Amt.

- (A) **Alexander Ulrich** (DIE LINKE):
– der neue Ministerpräsident der CSU – mittlerweile sagt, man solle auch bei wichtigen europapolitischen Entscheidungen Volksentscheide durchführen?

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Der Tagesordnungspunkt liegt zwei Stunden zurück!)

Glauben Sie nicht auch, dass Ihr Partner in der CDU/CSU-Fraktion den Europawahltermin zu sehr im Blick hat?

Thomas Dörflinger (CDU/CSU):

Ich verstehe, ehrlich gesagt, nicht, was Ihre Frage mit dem Inhalt der Debatte zu tun hat, die wir gerade führen. Der Vorschlag von Horst Seehofer, über den man unterschiedlicher Auffassung sein kann – das will ich durchaus zugeben –,

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Über Horst Seehofer?)

bezog sich darauf, dass wir beispielsweise den Reformvertrag von Lissabon auch in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen eines Plebiszits bestätigen bzw. ratifizieren. Diese Auffassung teile ich persönlich nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich halte das Ratifizierungsverfahren des Deutschen Bundestags für zielführend.

- (B) Gegenstand der Debatte, die wir heute führen, ist die Frage des Sitzes des Europäischen Parlaments. Wir sind uns über die Fraktionsgrenzen hinweg weitgehend einig, dass dies eine Entscheidung ist, die das Europäische Parlament selbst fällen sollte. Da aber die Rechtslage nach Art. 289 des EG-Vertrages dem gegenwärtig entgegensteht, tragen Anträge wie die vorliegenden relativ wenig – außer zu einer zugegebenermaßen spannenden Debatte – zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament bei. Dazu hat leider auch Ihre Zwischenfrage keinen wesentlichen, erhellenden Beitrag geleistet, Kollege Ulrich.

Ich komme zum Schluss. Lassen Sie uns keine Schaufensteranträge einbringen. Lassen Sie uns im Benehmen mit den Kolleginnen und Kollegen des Europäischen Parlaments darüber nachdenken, was uns im Rahmen dessen, was uns vorgegeben ist – wir können die Rechtslage auch durch noch so gute Anträge unabhängig davon, wann der Vertrag von Lissabon in der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wird, nicht innerhalb der nächsten 14 Tage oder drei Wochen ändern –, möglich ist. Lassen Sie uns im Benehmen mit den Kolleginnen und Kollegen in Straßburg, Brüssel und Luxemburg darüber nachdenken, welche Verbesserungen wir unter den gegebenen Umständen erreichen können. Wir sollten aber nicht den Eindruck erwecken, als wenn wir mit Schaufensterdebatten und Schaufensteranträgen im Deutschen Bundestag irgendetwas an dieser Situation ändern könnten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Für die Linke gebe ich das Wort dem Kollegen Dr. Diether Dehm.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir teilen die Meinung, dass das Europäische Parlament nicht mehr drei offizielle Standorte haben soll. Die Reduktion auf einen einzigen Standort würde sicherlich Synergieeffekte und andere Vorteile mit sich bringen. Der Inhalt ginge also in Ordnung.

Dennoch bleibt das, was FDP und Grüne vorgelegt haben, ein Schaufensterantrag, solange Sie mit der CDU/CSU und der SPD immer noch verzweifelt für den gescheiterten Lissabon-Vertrag kämpfen, der Ihrem Antrag nämlich eklatant widerspricht. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist: Im Protokoll Nr. 6 zu den europäischen Verträgen wurde ausdrücklich geregelt, dass die Tagungsorte Straßburg und Brüssel bestehen bleiben. Nahezu unverändert wurde das in den Vertrag von Lissabon übernommen. Es bleiben also beide Arbeitssitze des Europäischen Parlaments bestehen. Grüne und FDP haben dem noch vor wenigen Wochen zugestimmt. Ihre vorliegenden Anträge, in denen Sie so tun, als wollten Sie einen Ort einsparen, sind wohl eher in Verbindung mit dem Europawahltermin zu sehen – hier kann ich dem Vorredner nur zustimmen – und sind deswegen nichts anderes als pure Augenschwermerei. Einem solchen Populismus kann eine seriöse Kraft wie die Linke selbstverständlich nicht zustimmen.

(D)

(Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sagen wir Nein zu beiden Anträgen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Kabarett!)

– Michael Roth ist übrigens genauso eine seriöse Kraft wie die Linke, die sich immer gegen Populismus wehrt.

Jetzt, in einer solchen Krise, deren Ausmaß Sie vor der Wahl herunterspielen, aber deren Dimension alle bisherigen Vorstellungen übertreffen dürfte, kommen Sie mit einem solchen – verzeihen Sie – Pipifaxantrag. Reden wir also nicht über Schaufenster, sondern über das Ladeninnere der EU. Eine Krisenlösung in der EU hat nichts von solchen populistischen Anträgen nach dem Motto „Politik und besonders Demokratie könnten zu viel Geld kosten“. Nötig ist jetzt ein Konjunkturprogramm, das seinen Namen verdient, wie es Nobelpreisträger Paul Krugman von der EU gefordert hat. Die Linke will eine europäische Wirtschaftsregierung, damit die Superreichen und Finanzjongleure endlich besteuert werden.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das ist das Manuskript von gestern! – Jens Spahn [CDU/CSU]: Thema!)

Dr. Diether Dehm

- (A) Statt der kaufkraftfeindlichen EU-Aufwärtsspirale der Mehrwertsteuer bei Konsum und Realwirtschaft brauchen wir eine europaweite Mehrwertsteuer auf Börsenumsätze; das ist gefordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Was wir brauchen, ist eine Europäische Zentralbank, die die Geldpolitik in den Dienst von Löhnen, Arbeitsplätzen und Wachstum stellt, statt einseitig auf Geldstabilität fixiert zu sein.

(Jens Spahn [CDU/CSU]: Thema!)

Wenn Herr Steinbrück zum jetzigen Zeitpunkt eine Inflationsdebatte lostritt

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Schauen Sie mal auf das Datum des Redemanuskripts!)

– ich schaue sehr genau auf das Datum, Herr Eisel – und sich wegen der Inflationsgefahr den Anstrengungen Barack Obamas und denen wichtiger EU-Staaten verweigert, dann ist das so, als ob er die Wasserspritze beim Löschen eines brennenden Hauses drosseln möchte und vor der Gefahr einer Überschwemmung warnte. Sie sprechen nicht über die wirklichen Rechte des EU-Parlaments in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen – diese Rechte werden auch im Lissabon-Vertrag nicht angemessen gestärkt –, sondern Sie legen hier zwei Schaulustanträge vor, um den Wählerinnen und Wählern etwas Distanz und Korrektur an der jetzigen EU vorzugaukeln. Die Bundesregierung muss ihre europafeindliche Bremserfunktion bei der Krisenbewältigung aufgeben, wofür Paul Krugman Frau Merkel „Miss Nein“ nennt und Herrn Steinbrück Holzköpfigkeit vorwirft.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Solange diese EU die Superreichen, das große Finanzkapital und seine Grundfreiheiten über die Mitbestimmungsrechte bei VW, die Tariflohnbindung im Baugewerbe, die von den Gewerkschaften erkämpften Sozialstandards und die Kleinunternehmen, die jetzt in ein grausames Insolvenzdomino geraten, setzt, werden Sie mit solchen Placeboanträgen nichts bewirken. Solange Sie am gescheiterten Lissabon-Vertrag festhalten und die beiden teuren Standorte Straßburg und Brüssel festschreiben, bleibt auch das Finanzkasino in Europa geöffnet und bleiben die Herzen und Köpfe der Menschen gegenüber der EU verschlossen. Wir wollen ein soziales und friedliches Europa, das die Menschen in einer Volksabstimmung einmal wissend bejahen werden.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Der Salto rückwärts landete auf dem Hintern!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Rainer, zeig's ihnen!)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (C)

Alexander, habt ihr intern solche Probleme, dass *ich* das machen muss?

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Dehm war das letzte Aufgebot!)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Klarstellung – auch für die Besucherinnen und Besucher dieses Hauses –: Unser Antrag, über den wir heute abschließend debattieren, ist am 13. Februar letzten Jahres eingebracht worden und hat nun wahrlich nichts mit dem Termin der Europawahl zu tun. Das gilt auch für den Antrag der FDP-Fraktion vom 4. Juni letzten Jahres. In diesen Anträgen wird ein ganz konkretes Problem der europäischen Politik zum Anlass genommen, um zu einer Lösung zu kommen. Ich gebe Ihnen recht, Diether Dehm: Dieses Problem ist gegen die EU populistisch benutzbar. Die Linke hat hier den populistischen Sermon abgelassen, den sie unsinnigerweise immer zum Lissabon-Vertrag vorträgt. Uns ging es aber um den Wanderzirkus, den das Europäische Parlament veranstaltet. Dieser ist, populistisch gesehen, extrem benutzbar; denn es geht um Geld, um die Umwelt und darum, dass Ressourcen vergeudet werden, was Sie nachrechnen können. All dies geschieht aus keinem nachvollziehbaren Grund. Es wird ohne Ende Manpower vergeudet.

Ich bitte einmal alle Kolleginnen und Kollegen, sich vorzustellen, dieser Deutsche Bundestag würde jede zweite Sitzungswoche in Bonn abhalten. Stellen Sie sich vor, wir würden diesen Wanderzirkus nachmachen. Das würde enorme Personalressourcen erfordern. In Deutschland würde eine heftige Debatte ausgelöst, wenn der Bundestag mit seinen Tausenden von Mitarbeitern hin- und herziehen würde und Wagenkolonnen mit Akten auf deutschen Straßen unterwegs wären.

(D)

Es gäbe auch historische Gründe dafür, dass der Bundestag zum Beispiel in Berlin, in Weimar, in Bonn, in Frankfurt – wo auch immer – Dependancen hätte.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: In Kassel!)

Es gibt ebenso viele gute Gründe, warum das Europäische Parlament in Straßburg tagt. Es gäbe für mich auch gute Gründe dafür, dass das Europäische Parlament nach der Wiedervereinigung Europas von nun an in Prag tagt. Es gibt viele Städte, die eine europäische Geschichte haben und die sich deshalb als Standorte für das Europäische Parlament qualifizieren.

Darum geht es in dieser Debatte aber nicht. Es geht darum, dass die Art und Weise, wie wir die europäische Politik organisiert haben, extrem bürgerfeindlich und parlamentsfeindlich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Sie macht dieses Parlament sehr angreifbar; denn Sie können keinem Menschen hier auf der Tribüne erklären, warum die Abgeordneten des Europäischen Parlaments ständig hin- und herfahren. Dieses Hin und Her verursacht Kosten, nimmt Arbeitszeit in Anspruch, ist der Grund für einen jährlichen CO₂-Ausstoß von 20 000

Rainer Steenblock

- (A) Tonnen, erzielt aber überhaupt keinen Effekt. Das macht die Europäische Union sehr angreifbar. Dies sollten wir verhindern.

Es gibt keinen Grund, das so zu machen. Von mir aus können wir die Initiative aus Straßburg – „One City“ heißt sie jetzt – unterstützen, in der gefordert wird, dass das Parlament ab sofort in Straßburg tagt. Aus Schweden kommt eine Initiative, in der man sich dafür einsetzt, dass alles von nun an in Brüssel stattfindet. Beide Initiativen haben ihre Berechtigung.

Es müssen aber Konsequenzen gezogen werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben es satt, dass dies nicht geschieht. Zu sagen, dass, wenn man sich nicht einigt, alle Geld bekommen und alle Standorte erhalten bleiben, ist der falsche Ansatz. Wir müssen uns entscheiden. Wir als Deutscher Bundestag müssen uns klar und eindeutig dazu äußern.

Ich finde es völlig richtig, dass die FDP sagt: Auch das Europäische Parlament muss dazu eine Position finden und darüber abstimmen. – Wir wissen aber ganz genau, dass die Abstimmungen im Europäischen Parlament den derzeit gültigen Vertrag letztendlich nicht ändern.

- (B) Die Position der nationalen Parlamente ist daher wichtig. Wir führen zwar viele Debatten über Subsidiarität, also darüber, wer wofür zuständig ist. An dieser Stelle müssen aber auch die nationalen Parlamente und ihre Regierungen, die darüber entscheiden, welche Position sie einnehmen, Stellung beziehen. Auch wir als nationales Parlament müssen entscheiden, welchen Auftrag wir unserer Regierung in diesen Verhandlungen geben. Deshalb ist beides notwendig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der FDP)

Diese Debatte ideologisch zu führen, in den Ruf von Populismus zu stellen und sie dazu zu nutzen, alles, was man einmal zum Thema Europa sagen wollte, loszuwerden, halte ich für falsch. Wir müssen uns angewöhnen, die Probleme europäischer Politik Punkt für Punkt und sachgerecht zu diskutieren. Wir müssen also auch in diesem Punkt entscheiden. Dafür sprechen wir uns in unserem Antrag aus. Demokratie kostet Geld. Aber Demokratie ist auch dafür verantwortlich, dass mit Steuergeldern verantwortlich umgegangen wird und dass Steuergelder nicht verschleudert werden. An dieser Stelle aber werden Steuergelder durch wahnsinnig hohe Kosten verschwendet. Das ist mit grüner Politik nicht vereinbar. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt, und ich hoffe, dass in 20 Jahren rückblickend gesagt wird: Die Grünen haben mit ihrem Antrag wieder einmal recht gehabt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Axel Schäfer, SPD-Fraktion.

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

(C)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Deutsche Bundestag hat mit vielen guten Dingen das Europäische Parlament und die europäische Einigung geprägt. Seit 1952 gab es zum Beispiel die Forderung, dass dieses Parlament direkt gewählt wird; dafür haben unsere Vorgängerinnen und Vorgänger 25 Jahre gekämpft.

Es gibt leider auch deutsche Dummheiten, und eine dieser Dummheiten haben wir bedauerlicherweise von überzeugten Europäern wie dem Kollegen Volk von der FDP und dem Kollegen Steenblock von den Grünen gehört. In Bezug auf das Europäische Parlament das Wort „Wanderzirkus“ zu wählen, ist die Art von Populismus, der Wasser auf die Mühlen all derjenigen gießt, die Vorbehalte gegenüber der europäischen Politik haben, und der im Vorfeld der Europawahl antieuropäisch wirkt. Das ist die Wirkung des Wortes „Wanderzirkus“.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Die gleiche deutsche Dummheit ist es, dass seit Jahrzehnten behauptet wird, wir seien der Zahlmeister in Europa. Viele Menschen in Deutschland glauben zwar, das zu wissen; aber letztlich haben sie keine Ahnung von der realen Situation.

Wir führen heute keine Debatte darüber, dass das Europäische Parlament, das zwölfmal im Jahr in Straßburg tagt und ansonsten in Brüssel arbeitet, enorm viel, was Verbraucherschutz, Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte usw. anbelangt, auf den Weg gebracht hat; viele Menschen und leider auch viele Bundestagsabgeordnete wissen nichts davon. Diese Debatte führen wir mit Blick auf den 7. Juni, damit die Wichtigkeit eines starken Parlaments deutlich wird und viele Bürgerinnen und Bürger wählen gehen. Das sollte heute das Thema sein und nicht das, das zufällig am 23. April ansteht.

(D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Sie machen das Gleiche,
was die Linke macht! Setzen Sie sich
auch einmal mit den Argumenten auseinander!)

Dies ärgert mich, und ich sage auch noch, warum.

Lassen Sie uns über Respekt sprechen. Seit 30 Jahren haben wir ein direkt gewähltes Europäisches Parlament. In den letzten 30 Jahren wurde bei keiner einzigen Vertragsänderung darauf hingewiesen, dass es zur Stärkung der Demokratie und zur Schaffung von mehr Bürgernähe in Europa notwendig ist, dass das Europäische Parlament nur einen Sitz hat. Einen solchen Beschluss gibt es nicht. Warum gibt es ihn nicht? Weil es eine große Meinungsvielfalt usw. gibt. Wir als nationales Parlament maßen uns jetzt an, bestimmte Dinge vorzugeben, die zeigen, wie wir es gerne hätten. Wir unterstützen nicht bestimmte Forderungen des EP nach mehr Rechten oder nach mehr Bürgerbeteiligung; vielmehr wollen wir dem Europäischen Parlament etwas vorschreiben. In einer europäischen Demokratie, so wie wir sie verstehen, ist das respektlos. Diese Respektlosigkeit, die ihren Ausdruck

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) in dem Wort „Wanderzirkus“ findet, machen meine Fraktion und ich nicht mit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Reden wir über Legitimität. Es gibt einige Abgeordnete in diesem Hause – Heidi Wieczorek-Zeul, Claudia Roth, Friedrich Merz, Gerd Müller und auch ich –, die früher Mitglied des Europäischen Parlaments waren. Wir reden ab und zu darüber, wie die Arbeitsweise verbessert werden könnte. Das halte ich für legitim. Ich finde es aber nicht gut, dass so etwas coram publico gemacht wird, weil das besserwisserisch klingt, im Sinne von: Wir sagen euch, wie es zu machen ist.

Wenn niemand auf der Tribüne säße und wir in einer internen Ausschusssitzung wären, würde ich mich dafür aussprechen, dass im Europäischen Parlament darüber diskutiert wird, ob es statt 42 Sitzungswochen mit zwei, drei oder vier Arbeitstagen – egal wo – nur 24 oder 22 Sitzungswochen – so wie bei uns oder in anderen Parlamenten; man könnte darüber intern mit den Kollegen diskutieren – geben sollte, weil dies zahlreiche Arbeitstage und 30 000 Reisen im Jahr einsparen würde. Das würde zu weit mehr Einsparungen führen als das, was Sie bezüglich des Standorts Straßburg genannt haben.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Fangen Sie nicht an, denen etwas vorzuschreiben! Warum wollen Sie darüber keine öffentliche Debatte? – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Warum wird so etwas nicht öffentlich diskutiert?)

(B)

– Ich mache das nicht, weil hier nicht der richtige Ort ist.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Das haben Sie doch gerade gemacht!)

Wenn das Europäische Parlament zu der Entscheidung kommt, es sei notwendig, eine Vertragsänderung herbeizuführen, und wir dann über die Position des Europäischen Parlaments im Deutschen Bundestag diskutieren, dann hielte ich persönlich das für richtig. Ich halte es aber für völlig falsch, dem Europäischen Parlament den besten Weg für seine Arbeit vorzuschlagen. Damit würde man den Bürgerinnen und Bürgern vorgaukeln, Bürgernähe bestünde darin, dass man zwölfmal im Jahr anstatt nach Straßburg nach Brüssel fährt. Das ist der Unterschied.

Viele Fakten, die Sie aufgezählt haben, stimmen nicht. Man müsste vieles überprüfen. Die Mitarbeiter des Europäischen Parlaments haben beispielsweise kein separates Büro in Straßburg und Ähnliches mehr. Die Diskussion ist ein Stück weit aufgeblasen. Eine solche Diskussion direkt vor der Europawahl ist kontraproduktiv. Wir wollen vor der Europawahl aber produktiv und konstruktiv in allen unseren europäischen Fraktionen wirken. Wir wollen nicht Wasser auf die Mühlen derjenigen gießen, die das Europäische Parlament in der Öffentlichkeit beschämen und nicht darüber reden, in welchem Maße bereits Demokratie auf der europäischen Ebene erreicht worden ist. Darüber müssen wir reden. Das ist die Aufgabe des Deutschen Bundestages.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(C)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dehm?

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Ich gestatte es.

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Kollege Schäfer, ich habe jetzt gehört, welche Debatten Sie führen und was Sie alles sagen würden, wenn die Öffentlichkeit nicht zugegen wäre, wenn wir unter uns, also in einer geschlossenen Ausschusssitzung, tagen würden.

(Volker Schneider [Saarbrücken] [DIE LINKE]: Gut, dass die Öffentlichkeit da ist!)

Auch ich war ein bisschen irritiert durch das Wort „Wanderzirkus“, weil ich ein frei gewähltes Parlament nie in die Nähe eines Zirkus oder einer Manege rücken würde. Ich kann einen Teil, aber wirklich nur einen Teil Ihrer Erregung verstehen. Könnte es sein, dass diese Erregung wesentlich geringer wäre, wenn kein Publikum anwesend wäre?

Axel Schäfer (Bochum) (SPD):

Lieber Kollege Dehm, wir gehören lange genug demselben Ausschuss an. Sie wissen, dass ich mich auch im Ausschuss über manche Sachen aufrege und dass ich mich besonders bei Dingen engagiere, die mir sehr nahe gehen. Wer selbst einmal Mitglied des Europäischen Parlaments gewesen ist, den nehmen manche Debatten im nationalen Parlament ein bisschen mehr mit als denjenigen, der Straßburg und Brüssel nicht aus der Innensicht kennt. Da bitte ich um Verständnis.

(D)

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Also, die Türen sind zwar zu, aber nicht verschlossen! – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum dann hinter verschlossenen Türen? Das verstehe ich überhaupt nicht!)

– Das mit den verschlossenen Türen, lieber Rainer Steenblock, war natürlich nur in Anführungszeichen gemeint. Ich wollte damit deutlich machen, dass ich diese Forderung nicht öffentlich erheben würde, sondern im Dialog mit unseren Kolleginnen und Kollegen, weil ich sie als frei gewählte Abgeordnete mit einem unabhängigen Mandat genauso respektiere, wie ich jeden anderen in diesem Haus respektiere, dem ich auch keine Vorschriften mache, was die Arbeitsorganisation angeht. Darum geht es: um Respekt.

Wir bekommen die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum Europäischen Parlament nur dann, wenn wir deutlich machen, was dort erreicht worden ist und was wir gemeinsam erreichen und verbessern wollen. Zustimmung bekommen wir nicht durch Worte wie „Wanderzirkus“, die für Europa kontraproduktiv sind. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) deshalb – gerade nach dieser Diskussion – die Anträge mit gutem Gewissen zurückweisen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union auf Drucksache 16/9697. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/9427 mit dem Titel „Europäisches Parlament stärken – Sitzfrage durch Europaparlamentarier entscheiden lassen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Fraktionen Die Linke, SPD, CDU/CSU bei Gegenstimmen der Fraktion der FDP und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/8051 mit dem Titel „Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments gänzlich in Brüssel und Tagungen des Europäischen Rates in Straßburg abhalten“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Fraktionen Die Linke, SPD, CDU/CSU bei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

(B)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 auf:

Vereinbarte Debatte

Jährliche Strategieplanung der EU-Kommission für 2010

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Günter Gloser.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Günter Gloser, Staatsminister für Europa:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte befasst sich mit der jährlichen Strategieplanung der EU-Kommission, mit der für das Jahr 2010. Die Kommission hat sicherlich vor keiner leichten Aufgabe gestanden: Auf der einen Seite muss sie die Regel einhalten, eine Planung vorzulegen; auf der anderen Seite weiß sie, dass sie im nächsten Jahr nicht mitbestimmen wird, weil nach den Wahlen zum Europäischen Parlament eine neue Europäische Kommission benannt wird. Die Europäische Kommission, die jetzt im Amt ist, wollte der neuen Kommission natürlich nicht vorgereifen. Hinzu kommt, dass die Unsicherheiten über das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon die Aufgabe nicht erleichtert haben. Die Bundesregierung und

die seriösen Fraktionen in diesem Haus – ich greife einen Begriff des Kollegen Dr. Dehm auf – gehen davon aus, dass der Lissabon-Vertrag zum Ende dieses Jahres in Kraft gesetzt wird.

(C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich die Strategieplanung anschaut, erkennt man, dass sie Kontinuität aufweist, was notwendig ist angesichts der vielen Probleme, die wir in der Vergangenheit angesprochen haben und für die wir eine Lösung finden müssen. Der erste Schwerpunkt ist die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Zentrum dieser Strategieplanung steht. Die Europäische Union hat auf dem G-20-Gipfel eindrucksvoll gezeigt, dass sie ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden kann. Nicht zuletzt auf europäischen Druck werden jetzt auch die internationalen Finanzmärkte stärker reguliert werden. Wir erinnern uns: Während der deutschen EU-Präsidentschaft wollten viele noch nichts davon wissen. Nachdem die Krise eingetreten ist, ist die Erkenntnis gewachsen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist es jetzt, die EU-interne Finanzmarktaufsicht weiterzuentwickeln. Dazu wird die Kommission in Kürze, gestützt auf die Ideen der Expertengruppe unter Leitung von Herrn de Larosière, Vorschläge vorlegen. Der Europäische Rat will im Juni bereits erste Beschlüsse fassen.

Die Bundesregierung wird im Vorfeld ihre Vorstellungen zu den geplanten Maßnahmen abstimmen und auf der Brüsseler Ebene einbringen. Dabei müssen wir deren Auswirkungen auf die Architektur der Finanzmarktaufsicht im Auge behalten und sicherstellen, dass die Europäische Union in Zukunft auch in dieser Frage eine Vorreiterrolle spielt.

(D)

Die von der Kommission vorgeschlagenen EU-finanzierten Konjunkturmaßnahmen vor allem im Energiebereich haben uns zunächst nicht überzeugt – das wissen Sie –, vor allem, weil sie nur kurz- und mittelfristig in den Jahren 2009 und 2010 einen konjunkturbelebenden Impuls gesetzt hätten. Wir haben beim Frühjahrsrat aber einen vernünftigen Kompromiss gefunden, dass nur die Projekte mit Gemeinschaftsmitteln gefördert werden, die in den Jahren 2009 und 2010 tatsächlich begonnen und umgesetzt werden können.

Die dramatischen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt machen sich, wie wir alle auch aus heutigen Nachrichten wissen, immer stärker bemerkbar. Es ist richtig, dass sich die Europäische Kommission auch dieses Themas annehmen, sich also der Frage der sozialen Abfederung widmen wird und nicht nur Banken, Wirtschaft und Autoindustrie im Fokus hat. Deshalb ist wichtig, dass am 7. Mai ein Beschäftigungsgipfel auf europäischer Ebene stattfindet. Es ist gut, dass die Tarifpartner in diesen Prozess mit einbezogen werden, weil in erster Linie sie Lösungen – möglichst in Form kluger, intelligenter Modelle – für die Unternehmen und Betriebe finden müssen. Angesichts der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft kann unser deutsches Modell gut bestehen. „Kurzarbeit statt entlassen“ und „Qualifizieren statt entlassen“

Staatsminister Günter Gloser

- (A) sind Prinzipien, die sich in der Krise tagtäglich bewähren.

Die Bundesregierung begrüßt natürlich auch, dass die Kommission im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie – so hoffe ich zumindest – noch weitere Struktur-reformen anstoßen wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen allerdings ein Defizit, das an keiner Stelle erwähnt wird. Sosehr es notwendig ist, auf europäischer Ebene und auf nationaler Ebene jetzt Mittel in die Hand zu nehmen, um bestimmte Probleme zu lösen, so sehr fehlt uns doch ein Bekenntnis, dass nach der Krise wieder ein konsequenter Kurs der Haushaltskonsolidierung eingeschlagen wird.

Der zweite Schwerpunkt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ist der Klimawandel. Auch hier hat die Europäische Union in den letzten Monaten vieles zustande gebracht. Ich glaube, das noch einmal unterstreichen zu müssen, weil gelegentlich gefragt wird: Brauchen wir gerade in dieser wirtschaftlichen Krise eine ökologische Umgestaltung? Es ist wichtig, und es ist auch eine Chance, gerade in dieser Zeit die ökologische Umgestaltung unserer Industriegesellschaft vorzunehmen. In diesem Bereich und auch im Bereich der Forschung bieten sich Chancen in Bezug auf den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wir werden allerdings auch darauf achten müssen, dass wir im Vorfeld der Kopenhagener Klimakonferenz, der Nachfolgekonferenz zu Kioto, entsprechende ausgewogene Positionen innerhalb der Europäischen Union finden. Wir wissen alle, wie schwer es unter französischer Präsidentschaft war, eine einheitliche Position zu diesem Thema zu erarbeiten.

Die Bereiche Innen und Justiz kann ich nur streifen. Die Europäische Kommission hat diese Bereiche zu Recht als weitere Schwerpunkte genannt. Das Stockholmer Programm wird sicherlich eine wichtige Rolle spielen, auch im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik. Allerdings müssen wir auch eine Balance finden zwischen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung.

Zum Schluss, Frau Präsidentin, lassen Sie mich kurz noch Folgendes sagen: Wieder einmal nicht enthalten ist eine Aussage zur Sprachenpolitik. Wir haben gemeinsam immer wieder versucht, in Brüssel deutlich zu machen, dass dies überfällig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich hoffe, dass wir gemeinsam in Brüssel endlich eine Änderung herbeiführen können. Jedenfalls kann die neue Kommission, so sie im Amt ist, davon ausgehen, dass wir sie, wenn gute Vorschläge kommen, bei der Umsetzung unterstützen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Mechthild Dyckmans, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Mechthild Dyckmans (FDP):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Staatsminister hat es schon gesagt: Die Strategieplanung für 2010 war für die Kommission sicherlich nicht so einfach. Die Umsetzung wird natürlich davon abhängen, ob sie schon auf der Basis des Lissabon-Vertrages agieren kann, wie der Übergang zur neuen Kommission gestaltet wird und wie diese überhaupt aussieht.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Aber über diese wichtigen Fragen dürfen wir nicht die fachpolitischen Themen vergessen, die in der Strategieplanung angesprochen werden. Die FDP-Fraktion will deshalb diese Debatte dazu nutzen, deutlich zu machen, dass auch wir Fachpolitiker uns in die europäische Debatte einschalten müssen und einschalten wollen.

Als Rechtspolitikerin möchte ich justizpolitische Themen und das Stockholmer Programm, das auch der Herr Staatsminister schon kurz erwähnt hat, ansprechen. Dieses Programm wird die europäische Innen- und Rechtspolitik für die Jahre 2010 bis 2014 ganz entscheidend prägen. Das Jahr 2010, auf das sich die Strategieplanung bezieht, ist das erste Jahr der Durchführung dieses Programms.

Um den Stellenwert der Fünfjahresprogramme richtig einzuschätzen, erinnere ich nur an das Programm von Tampere aus dem Jahr 1999, mit dem der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen vorgegeben wurde. Erst im Vertrag von Lissabon wird dieser Grundsatz ausdrücklich ins Recht überführt. Wir können die Bedeutung der Fünfjahresprogramme gar nicht hoch genug einschätzen.

Ich halte es deshalb für unverzichtbar, dass wir Abgeordnete uns auch während der Sommerpause, selbst wenn wir alle dann wahrscheinlich im Wahlkampf sind, mit den Entwürfen dieses Programms befassen und uns in die europäische Diskussion einschalten. Wir dürfen damit nicht warten, bis der Europäische Rat das Programm während der schwedischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte endgültig beschlossen haben wird. Dann ist es nämlich zu spät.

(Beifall bei der FDP)

Aus der Strategieplanung 2010 lässt sich schon ersehen, dass es inhaltlich weiter um die gegenseitige Anerkennung insbesondere gerichtlicher Entscheidungen sowohl in Zivil- als auch in Strafsachen gehen wird. Selbstverständlich gehört es zu einem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, dass wir gerichtliche Entscheidungen der Mitgliedstaaten anerkennen. Aber es gibt hier auch Grenzen zu beachten.

Ich halte es zum Beispiel nach wie vor für unbedingt erforderlich, dass wir als Deutsche die Anerkennung und

Mechthild Dyckmans

- (A) damit die Vollstreckung eines Urteils ablehnen können, wenn etwa dem Beklagten kein rechtliches Gehör gewährt wurde. Dazu, es zu gewähren, haben sich zwar alle 27 EU-Mitgliedstaaten in der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet. Aber der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der die Einhaltung dieser Verpflichtung überwachen soll, ist leider nicht arbeitslos. Unter den fünf der 47 Konventionsstaaten, die am häufigsten wegen Verstößen gegen die Menschenrechtskonvention verurteilt wurden, waren sowohl 2007 als auch 2008 zwei Mitgliedstaaten der EU.

Wenn wir uns in einer solchen Situation einfach auf das gegenseitige Vertrauen, also auf das Vertrauen in die Rechtsordnung des jeweiligen Mitgliedstaates berufen, dann treten die Rechte der einzelnen Bürger in den Hintergrund. So, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, können wir kein Europa der Bürger aufbauen. Die Grundrechte haben gerade die Funktion, für jeden Einzelnen sicherzustellen, dass auch bei Anerkennung ausländischer Entscheidungen sein Recht im Einzelfall gesichert bleibt.

Deswegen ist es einerseits unsere Aufgabe, die europäische Rechtsetzung dahin gehend zu beeinflussen, dass keine Widersprüche zu den Regelungen unserer Verfassung auftreten können. Andererseits brauchen wir bei der Anerkennung ausländischer zivilgerichtlicher Entscheidungen den Ordre-public-Vorbehalt, um im Einzelfall notfalls eine Ausnahme von der gegenseitigen Anerkennung zu machen, wenn sonst die Grundrechte verletzt werden.

(B)

(Thomas Silberhorn [CDU/CSU]: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Europäische Union, der wir als Bundestag von Anfang an mit großer Mehrheit zugestimmt haben, achtet die nationale Identität der Mitgliedstaaten. Die europäische Einigung, hinter der wir alle stehen, beruht auf den Grundsätzen der begrenzten Einzelermächtigung und der Subsidiarität. Danach regeln wir auf europäischer Ebene, was grenzüberschreitend geregelt werden muss. Wir nationalen Parlamentarier bestimmen hingegen in nationaler Vielfalt über Fragen wie zum Beispiel die strafrechtliche Behandlung des Schwangerschaftsabbruchs oder der Sterbehilfe.

Diese nationale Vielfalt muss auch bei der gegenseitigen Anerkennung strafrechtlicher Entscheidungen gewahrt bleiben. Dazu brauchen wir den Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit. Wenn ein bestimmtes Verhalten bei uns nicht strafbar ist, können wir nicht eine ausländische Strafe wegen genau dieses Verhaltens vollstrecken.

Ich kann mir zwar vorstellen, dass wir zu einer Liste von Delikten gelangen, die in allen EU-Mitgliedstaaten strafbar sind, sodass wir insoweit auf die Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit verzichten könnten. Die jetzt vorliegende Liste der 32 Delikte leidet aber unter einem ganz entscheidenden Mangel: Sie genügt nicht dem strafrechtlichen Bestimmtheitsgebot. Kommt es nicht zu einer Präzisierung dieser Delikte, muss sich Deutschland

die Prüfung der beiderseitigen Strafbarkeit auch in Zukunft vorbehalten. (C)

Ein anderes für die europäische Rechtspolitik unverzichtbares Vorhaben ist die Einigung über Mindestrechte der Beschuldigten. Wenn wir die Bürger überzeugen wollen, dass die Europäische Union eine Union der Bürger und für die Bürger ist, können wir nicht weiter Rechtsinstrumente zur Zusammenarbeit der Justizbehörden verabschieden, ohne parallel ein Rechtsinstrument zu beschließen, das den von dieser Zusammenarbeit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern, den Beschuldigten, ihre elementaren Rechte sichert.

(Peter Albach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wir haben als nationale Parlamentarier wiederholt Mitwirkungsrechte bei der europäischen Gesetzgebung eingefordert. Lassen Sie uns diese Rechte, die durch den Lissabonner Vertrag sogar noch erweitert werden, in Zukunft bitte noch engagierter auch tatsächlich wahrnehmen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Helmut Lamp, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Helmut Lamp (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir die von der EU-Kommission vorgelegte Strategieplanung für 2010. Der Staatsminister hat die fünf Punkte bereits in etwa umrissen. Wir werten das Dokument grundsätzlich positiv. Besonders begrüßen wir ganz ausdrücklich, dass dieses Dokument zügig, frühzeitig und in deutscher Sprache vorgelegen hat.

Leider ist dies nicht die übliche Praxis. Damit komme ich zu einem Kritikpunkt, den der Staatsminister auch schon genannt hat. Immer und immer wieder fordern wir im Ausschuss ein, dass uns die Parlamentsvorlagen aus Brüssel in deutscher Sprache und in den anderen nationalen Sprachen vorgelegt werden. Es fehlt eine Übersetzungsstrategie. Für das Funktionieren der Europäischen Union ist es aber unverzichtbar, dass den Vertretern des Volkes die zu beratenden EU-Dokumente vollständig, fristgerecht und in ihrer Muttersprache zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich einen weiteren für mich wichtigen Kritikpunkt aufführen. Der Staatsminister hat deutlich gemacht, dass man sich der Überwindung der derzeitigen Finanzkrise widmet. Das ist okay. Es fehlen aber Wegweisungen zur Haushaltskonsolidierung nach der Krise. Wie wir alle wissen, wird sie Probleme hinterlassen, die dann zu bewältigen sind. Hier hat uns die Kommission im Moment alleingelassen.

Helmut Lamp

(A) Des Weiteren vermisste ich in der Strategieplanung den Schwerpunkt – besonders weil ich aus Schleswig-Holstein komme –, die grenzüberschreitende Kooperation im Ostseeraum zu forcieren. Das einzige Binnenmeer der EU wird sicher eines der zentralen Themen der kommenden schwedischen EU-Ratspräsidentschaft werden. Die Kommission hätte gut daran getan, auch hier vorab wegweisende Zeichen zu setzen.

Wir haben aber nicht nur Schatten, sondern auch Licht. Ich begrüße ausdrücklich die Position der Kommission zur Klima- und Energiepolitik. In der Amtszeit dieser Kommission wurden im Klimaschutz Meilensteine gesetzt, deren Bedeutung für den weltweiten Klimaschutz man erst mit gewissem zeitlichen Abstand in vollem Umfang erkennen wird. Die Europäische Union ist mit ihren Zielsetzungen, bis 2020 die Energieeffizienz um 20 Prozent zu steigern, den Anteil der regenerativen Energien an der Energieversorgung auf 20 Prozent ansteigen zu lassen und den CO₂-Ausstoß um 20 Prozent zu mindern, Vorreiter auf internationaler Ebene; das muss sie auch in Zukunft bleiben. Ich hoffe auf eine Fortsetzung dieser Politik im Rahmen der Klimaschutzkonferenz Ende des Jahres in Kopenhagen. Ich hoffe auf ein internationales Klimaschutzabkommen, das diesen Namen wirklich verdient.

(B) Auch wenn der Punkt nebensächlich erscheinen mag, begrüße ich es sehr, dass die Kommission beabsichtigt, bis 2013 keine zusätzlichen Stellen zu schaffen und ihren Personalbedarf mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln zu bestreiten. Die EU setzt noch immer mehr als die Hälfte ihres Personals für die Verwaltung ihrer eigenen Verwaltung ein. Den Personalstand bis 2013 nicht ausweiten zu wollen, ist eine klare Aussage. Ansonsten sind die Planungsvorgaben häufig relativ offen gehalten, und zwar aus verständlichen Gründen.

Beide Vorredner haben es schon angemerkt: Eine neue Kommission wird in dem einen oder anderen Punkt neue Akzente setzen. Möglicherweise wird eine Nachjustierung der hier vorliegenden EU-Strategieplanung wegen des Verlaufs der internationalen Finanzkrise und der Verabschiedung oder – so hoffe ich – Nichtverabschiedung des Vertrages von Lissabon ohnehin notwendig sein.

Ich werde nicht mehr für den Bundestag kandidieren. Vermutlich habe ich hier die letzte Gelegenheit, einige grundsätzliche europapolitische Zielvorstellungen zu beleuchten und über das europapolitisch spannende Jahr 2010 hinauszublicken. Dabei möchte ich mich auf drei für mich wesentliche Punkte beschränken:

Erstens. Die Europäische Union wird sich in absehbarer Zeit auf eine wirklich Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einigen müssen; ansonsten wird sie sich mit einer Zuschauerrolle am Rande der Weltpolitik begnügen müssen. Auf der UN-Konferenz zum Thema Rassismus in dieser Woche gab es leider wieder keine einheitliche europäische Haltung. Dieses Beispiel für die Uneinigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten wurde weltweit sehr aufmerksam registriert.

(C) Zweitens. Die EU sollte neben der gewachsenen Zusammenarbeit mit dem Partner USA auch eine Zusammenarbeit mit Russland und China anstreben. Natürlich ist der Weg zu einer vertrauensvollen Partnerschaft möglicherweise lang und mühsam, da noch etliche aktuelle Probleme zu überwinden sind. Eine wirklich partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union, den USA, Russland und China wäre in Hinblick auf die internationalen Friedensbemühungen ein gewaltiger Fortschritt. Über die Friedensbemühungen hinaus gibt es für die EU weitere sehr wichtige, nachvollziehbare Gründe dafür, die Zusammenarbeit mit Russland und China zu optimieren.

Nur unter Einbeziehung der Energiepotenziale Russlands ist die Wirtschaft der EU zukunftsfähig. Um das notwendige Vertrauen aufzubauen, ist Russland immer einzubeziehen, wenn seine vitalen Interessen berührt werden, sei es beim Ausbau von Verteidigungssystemen oder bei Fragen der EU-Osterweiterung. Im vergangenen Jahrzehnt wurden die Empfindlichkeiten Russlands meiner Meinung nach im Westen nicht immer angemessen berücksichtigt.

(D) Nun zu China: Etwa 330 Millionen EU-Bürger zahlen heute mit dem Euro. Viermal so viele Chinesen, 1,3 Milliarden, zahlen mit dem Yuan, dessen Kaufkraft explosionsartig steigt. 350 000 Dollarmillionäre gibt es in China bereits heute. In jedem Jahr kommen 50 000 weitere hinzu. Die Europäische Union wird schon in absehbarer Zukunft einem schnell wachsenden Wirtschaftskoloss China gegenüberstehen. Die sich abzeichnende Entwicklung ist bei allen Zukunftsplanungen zu berücksichtigen.

Meine ersten zwei Wünsche bezogen sich auf die Ausweitung der außenpolitischen Kompetenzen der Europäischen Union. Meine dritte Empfehlung läuft auf eine Kompetenzeingrenzung hinaus, und zwar im Bereich der Regionalpolitik. Nicht selten wurde in Brüssel überzogen geregelt, was vor Ort realitätsnäher und sachgerechter hätte gelöst werden können. Die Brüsseler Regelungssucht, die bis zu Etiketten auf Marmeladengläsern reicht, die aus bäuerlicher Produktion stammen, glättet die liebenswerte, in Jahrhunderten gewachsene Vielfalt unseres Europas und gefährdet die breite Zustimmung zu Europa.

Ich bin seit 40 Jahren selbstständiger Landwirt. Ich musste relativ früh den Hof meiner Eltern übernehmen. In diesen 40 Jahren habe ich relativ häufig, insbesondere in den ersten Jahrzehnten, mit Berufskollegen gegen die EU protestiert, und zwar aus nachvollziehbaren Gründen. Die meisten meiner Berufskollegen haben in diesen Jahrzehnten ihre Existenzgrundlagen verloren. Doch zu keinem Zeitpunkt habe ich die EU in ihrer Funktion und ihrem Wirken grundsätzlich infrage gestellt, nicht nur, weil wir eine starke europäische Staatengemeinschaft brauchen, um die wirtschaftlichen Zukunftschancen aus schöpfen und Krisen gemeinschaftlich besser überwinden zu können, sondern vor allem, weil die Europäische Union die erfolgreichste Friedensinitiative aller Zeiten ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Helmut Lamp

- (A) Meine lieben Freunde, deshalb erwarte ich von allen verantwortungsbewussten und zukunftsorientierten Mitbürgern, dass sie sich am 7. Juni zur Europäischen Union bekennen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe das Wort dem Kollegen Alexander Ulrich, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Alexander Ulrich (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Prioritäten der Europäischen Kommission für 2010 sind: wirtschaftlicher Aufschwung, nachhaltige Entwicklung, bürgernahe Politik und Europa als Partner in der Welt. So schön die Überschriften klingen – wenn man sich intensiver mit dem Papier beschäftigt und die Stellungnahme der Bundesregierung hinzuzieht, muss man doch feststellen, dass eine gescheiterte Politik, die uns in die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit Ende des Zweiten Weltkrieges geführt hat, durch diese Strategieplanung gerechtfertigt, legitimiert werden soll. Es ist dramatisch, dass ich hier, obwohl viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Angst um ihren Arbeitsplatz haben und nicht wissen, ob sie mit Kurzarbeitergeld über die Runden kommen, sagen muss: Herr Staatsminister Gloser, Europa und Deutschland sind nicht Opfer der Wirtschaftskrise; sie sind Mitverursacher der Wirtschaftskrise.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer das nicht einsieht, wird die Krise nicht bekämpfen können. Es reicht nicht aus, über den großen Teich auf Amerika zu zeigen. Europa und Deutschland haben die Massenarbeitslosigkeit und die soziale Verelendung, die wir derzeit in Europa und Deutschland vorfinden, mitverursacht.

Paul Krugman, der Nobelpreisträger, ist schon oft zitiert worden. Er hat Finanzminister Steinbrück holzköpfig genannt. Ich möchte Jean-Paul Fitoussi, Mitglied der Stiglitz-Kommission der UN, zitieren, der über die Regulierung der Finanzmärkte sagte:

Und dieses Problem ist dadurch entstanden, dass es über zweieinhalb Jahrzehnte eine Umverteilung der Einkommen von unten nach oben gab. Damit haben jene plötzlich viel mehr Geld gehabt, die ... ohnehin nur einen relativ kleinen Teil ihres Geldes ausgeben und einen hohen Teil sparen. Mit diesen Ersparnissen haben sie Vermögenswerte gekauft. Diese Umverteilung nach oben war ein weltweit sehr tiefgreifendes Phänomen. Hier liegt die Wurzel der heutigen Krise, nicht in der Finanzwelt.

Mit anderen Worten – das hat die Bundesregierung durch Sie heute noch einmal bekräftigt –: Die Fortsetzung der Lissabon-Strategie verschärft die Wirtschaftskrise, weil sie die Lohnentwicklung und damit Wachs-

tum bremst. Die Superreichen werden ihr Geld weiterhin ins Kasino tragen. (C)

(Peter Albach [CDU/CSU]: Was ist „superreich“?)

Die Kommission und die Bundesregierung empfehlen die Fortsetzung dieser gescheiterten Strategie. Sie sollten den Menschen deutlich sagen, was das bedeutet. Die Fortsetzung dieser Strategie bedeutet: Lohndumping, Steuersenkungen für Reiche, Agenda 2010 und Hartz IV. Das war die nationale Umsetzung der Lissabon-Strategie in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie wollen diese Strategie fortsetzen und dem Rest Europas Lohndumping und Sozialabbau empfehlen. Das ist die Botschaft der CDU/CSU, der SPD und der Bundesregierung. Sie sollten den EU-Bürgern aber auch sagen, dass Deutschland im letzten Jahr Schlusslicht beim Wachstum war.

(Peter Albach [CDU/CSU]: Aber auf ganz hohem Niveau!)

Sie sollten sagen, dass Länder mit einer niedrigeren Schuldenquote, zum Beispiel Spanien, aufgrund von Deutschlands Lohndumping vor dem Staatsbankrott stehen. Die Rechnung werden auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland zahlen. Daher brauchen wir Euroanleihen, um die Zinskosten für unsere europäischen Nachbarn zu senken und teure Staatsbankrotte abzuwenden.

Das europäische Konjunkturprogramm und die nationalen Maßnahmen bleiben gemessen an der Wirtschaftsleistung des Bruttoinlandsprodukts mit circa 0,9 Prozent weit hinter den Maßnahmen vergleichbarer Regionen wie den USA, Japan oder China zurück. Das ist zu wenig. Es werden auch falsche Schwerpunkte gesetzt. Steuergeschenke für Besserverdienende haben keine wirtschaftlichen Effekte. Öffentliche Investitionen sind der bessere Weg. (D)

Leider waren die Staats- und Regierungschefs der EU, insbesondere auch Bundeskanzlerin Merkel, in dieser Hinsicht ein Bremsklotz auf dem G-20-Gipfel. Die Ankündigung der Kommission, alle Finanzprodukte der Aufsicht zu unterwerfen, ist vollkommen unglaubwürdig. Sie haben auf dem G-20-Gipfel verabredet, Hedgefonds erst ab gewissen Schwellenwerten der Aufsicht zu unterwerfen; Hedgefonds gehören aber verboten. Ohne Sanktionen gegen Steueroasen ist die Aufsicht völlig unwirksam.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Fraktion unterstützt daher die Proteste der europäischen Gewerkschaften vom 14. bis 16. Mai in Brüssel, Berlin, Prag und Madrid. Die Verursacher der Krise müssen zahlen. Anders ausgedrückt: Die Menschen müssen endlich wieder von der EU-Kommission und den Regierungen in den Mittelpunkt gestellt werden. Das, was gestern hinsichtlich der Einrichtung von Bad Banks in Deutschland verabredet worden ist, zeigt, dass der Bundesregierung die Ackermänner in diesem Land

Alexander Ulrich

- (A) wichtiger sind als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die sozial Benachteiligten.

(Beifall bei der LINKEN)

Nehmen Sie das ernst, was zurzeit in Frankreich passiert und wovor DGB-Chef Sommer gewarnt hat. Diese Politik – Sie wollen sie ja fortsetzen – wird dazu führen, dass es auch in Deutschland soziale Unruhen geben wird.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Jetzt fangen Sie auch noch so an! Unverantwortlich!)

Die Verantwortung haben nicht die Finanzmärkte, sondern diese Bundesregierung und die Koalition, die sie trägt.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Strategieplanung der Kommission und die Stellungnahmen der Bundesregierung offenbaren: Die EU und die Bundesrepublik Deutschland werden noch immer von den Finanzmärkten regiert. Die Verkäuferin, die aufgrund des Vorwurfs, sie habe 1,30 Euro veruntreut, entlassen worden ist, wird nicht zur Kanzlerin eingeladen, aber Herr Ackermann wurde gestern eingeladen. Er weiß, dass diese Bundesregierung ihm weiterhin helfen wird.

(Beifall bei der LINKEN – Peter Albach [CDU/CSU]: Wenn man mit demokratischen Mitteln nicht zur Macht kommt, muss man es mit Unruhen versuchen!)

- (B) **Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Das Wort hat der Kollege Rainer Steenblock, Bündnis 90/Die Grünen.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zunächst eine Bemerkung zum Verfahren und zu dieser Debatte. Ich gehöre mit anderen Ob-leuten zu denen, die sich dafür eingesetzt haben, dass wir diese Strategiedebatte über die Planung der Europäischen Union jährlich durchführen. Ich finde das richtig. Es zeigt, dass europäische Themen im Deutschen Bundestag eine große Relevanz haben. Diese Debatte zeigt auch – das hat im Grunde der Beitrag von Frau Dyckmans deutlich gemacht –, dass wir eigentlich hier keine Generaldebatte führen müssen. Vielmehr wäre es besser, wir würden diese Debatte – ähnlich wie eine Haushaltsdebatte – anhand der Politikfelder der Strategieplanung splitten und einzeln darüber debattieren. Das würde das von den Europapolitikern häufig beklagte Problem, dass die Fachpolitiker zu wenig in die europäische Politik integriert sind, lösen. Solche Strategiedebatten würden es erfordern, dass wir uns ein bisschen mehr Zeit nehmen, um die Themen ausführlich zu behandeln; Frau Dyckmans hat dies heute am Beispiel der Justizpolitik so gemacht. Mit den anderen Politikfeldern, zum Beispiel der Umweltpolitik, der Außenpolitik und der Wirtschaftspolitik, müsste man das auch so machen.

Wenn wir als Deutscher Bundestag auf die Strategieplanung der EU-Kommission und darauf, wie die Bun-

desregierung dazu Stellung nimmt, tatsächlich Einfluss nehmen wollen, dann sollten wir diese Debatten so führen, dass wir am Ende als Deutscher Bundestag zu den einzelnen Kapiteln eine Stellungnahme abgeben und die Bundesregierung verpflichten, die Strategieplanung einschließlich des Kommentars des Bundestages und nicht nur ihre eigene Position zu vertreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der LINKEN und der Abg. Mechthild Dyckmans [FDP])

Ich stimme dem Kollegen Lamp zu, dass diese Debatte eine Konsequenz haben muss: Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger aufrufen, zur Europawahl zu gehen. Diese Wahl ist von zentraler Bedeutung. Die Europäische Union ist alternativlos, und wir müssen sie stärken. Wir Grüne haben uns immer dafür ausgesprochen. Der Lissabon-Vertrag ist ein Instrument, um die Europäische Union zu stärken. Aber die Europäische Union mit ihrem Parlament und ihrem Rat ist natürlich eine politische Veranstaltung. Uns geht es darum, ihre Politik so zu ändern, dass die sozialen Rechte der Bürgerinnen und Bürger eine größere Rolle spielen. Das, was Kollege Ulrich dazu sagte, kann ich in Teilen unterstützen, allerdings nicht in allen Teilen.

Wir brauchen eine Europäische Union, die die Sozialpolitik nicht nur als Stichwort behandelt, sondern sich dafür einsetzt, europaweite Mindeststandards zu definieren. Wir brauchen auch auf europäischer Ebene eine Einigung über die Einführung von Mindestlöhnen. Auch uns in Deutschland hat dieses Thema in den letzten Wochen sehr beschäftigt. Wir wollen die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ auf europäischer Ebene nicht nur institutionalisieren, sondern auch durchsetzen. In den einzelnen Nationalstaaten werden diese Themen durchaus behandelt. Daraus müssen allerdings europäische Standards werden. Im anstehenden Wahlkampf ist es wichtig, dass wir für die Rechte der Menschen in sozialen Fragen kämpfen und deutlich machen, wer die Bremsen sind. Die Diskussion über Europa ist eine politische Debatte. Dabei geht es allerdings auch um die Umweltpolitik auf europäischer Ebene.

Wenn man sich die Strategieplanung für Umwelt- und Klimaschutz, also für eines der größten Probleme sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch global, ansieht – ich will jetzt nicht über all das sprechen, was in den letzten Jahren geschehen ist und worüber wir sicherlich sehr unterschiedliche Auffassungen haben –, stellt man fest: Im Grunde gibt es für diesen Politikbereich nur noch zwei kleine Ansätze. Zum einen geht es darum, den Aktionsplan Energieeffizienz durchzusetzen – das ist zwar richtig; es handelt sich dabei aber nur um einen sehr geringen Teil –, zum anderen geht es darum, noch einmal neu zu überlegen, ob die transeuropäischen Energienetze vernünftig organisiert sind, und diese eventuell zu reformieren. Diese beiden Ansätze sind zu wenig, um der Bedeutung der Umwelt- und Klimapolitik in der Europäischen Union und auf globaler Ebene gerecht zu werden. Wir brauchen in Europa ehrgeizigere Ziele, die

Rainer Steenblock

- (A) wir in den Planungen durchsetzen müssen. Hierbei erwarte ich von der Bundesregierung Unterstützung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In ihrer Stellungnahme zur Strategieplanung hat die Bundesregierung sogar diese winzigen Ansätze noch unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Herr Gloser, Sie möchte ich dafür nicht verantwortlich machen. Unter der Ägide von Frau Merkel hat die Bundesregierung im letzten Jahr allerdings sehr häufig als Bremserin fungiert, gerade im Bereich der Klimapolitik und im Hinblick auf die Autoindustrie.

Sie haben im Jahre 2008 eine Klimapolitik betrieben, durch die die großen CO₂-Schleudern geschont wurden. Sie haben sich dagegen gewehrt, diese Politik zu ändern. Im Rahmen der Finanzkrise haben Sie nun feststellen müssen, welche Folgen diese Politik hat. Ich erwarte, dass Sie daraus Konsequenzen ziehen und auf europäischer Ebene eine ehrgeizigere Umwelt- und Klimapolitik formulieren, nicht im Sinne der großen Automultis, sondern im Interesse der Menschen, die unter dieser Krise, die auch eine Umweltkrise ist, zu leiden haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch einen weiteren wichtigen Punkt, den ich zum Schluss ansprechen möchte – Kollege Lamp und andere haben darauf bereits hingewiesen –: Wir brauchen eine stärkere gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union. Was die Zusammenarbeit mit unseren östlichen Partnern betrifft, gibt es sehr viele Probleme, die zu Recht angegangen werden. Unsere Beziehungen zu unseren südlichen Partnern im Mittelmeerraum befinden sich in einer Blockade. Diese Probleme müssen überwunden werden.

(B)

Herr Staatsminister Gloser, die Bundesregierung ist aufgefordert, in ihrer Planung darauf hinzuwirken, dass die EU in Zukunft im Hinblick auf ihre Beziehungen zu den östlichen Partnerländern und zu den Partnern im Mittelmeerraum sowie bezüglich der Nahostkrise eine größere Rolle spielt. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie sich auch in ihrer Stellungnahme zur Strategieplanung zu diesem Themen äußert.

Ein allerletztes Wort.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nein, Herr Kollege.

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Es ist wirklich ein letztes Wort, Frau Präsidentin.

Bürgernahe Politik in Europa heißt auch, dass die Rechte des Einzelnen gegenüber staatlichen Strukturen gestärkt werden müssen. Was ist im Bereich Telefonüberwachung überlegt worden! Wie sind da Rechte des Einzelnen staatlichen Informationsstrukturen geopfert worden! So etwas werden wir nicht mitmachen. Hier sind die Rechte des Einzelnen, die Freiheitsrechte und die Informationsgrundrechte der Menschen, zu schützen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

(C)

Zu ihrer ersten Rede im Hohen Hause gebe ich das Wort der Kollegin Dr. Eva Högl, SPD-Fraktion.

(Beifall)

Dr. Eva Högl (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass uns die Strategieplanung hier in jedem Jahr beschäftigt und dass wir ausführlich über sie diskutieren.

In diesem Jahr haben wir – das ist schon angesprochen worden – eine besondere Situation: Wir alle wissen nicht, wie es weitergeht, vor welche Herausforderungen uns die Wirtschafts- und Finanzkrise noch stellen wird. Wir wissen auch nicht, ob es gelingt – wir hoffen es natürlich –, dass der Vertrag von Lissabon in allen Mitgliedstaaten ratifiziert wird.

2010 wird eine neue Europäische Kommission im Amt sein. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine große Chance für uns hier im Bundestag. Wir haben damit die Möglichkeit, der neuen Kommission unsere Forderungen und Vorschläge mit auf den Weg zu geben.

Die Kommission setzt die Priorität zu Recht auf den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung. Aber wie in den vergangenen Jahren und somit unabhängig von der Krise – das darf ich ausdrücklich kritisieren – legt die Kommission den Schwerpunkt wieder hauptsächlich auf wirtschaftspolitische Themen und blendet den sozialen Fortschritt und sozialen Zusammenhalt weitgehend aus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: Leider wahr!)

(D)

Doch gerade in der Wirtschaftskrise muss es darum gehen, auch auf der europäischen Ebene die drängenden Fragen von Beschäftigung und sozialem Schutz zu beantworten. Lassen Sie uns deshalb die Kommission auffordern, bei all ihren Vorschlägen die soziale Dimension zu berücksichtigen!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Europa muss gerade in den Bereichen Beschäftigung und Soziales handlungsfähig sein und deutlich machen, dass es dafür sorgt, dass Beschäftigung geschaffen und soziale Sicherheit gewährleistet wird.

Wir alle sind gerade unterwegs und werben dafür, zur Europawahl zu gehen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger von Europa begeistern. Dies wird uns aber nicht gelingen, wenn sich Europa nicht um soziale Themen kümmert; denn diese stehen für die Bürgerinnen und Bürger ganz oben auf der Agenda. Deshalb ist die Strategieplanung der Kommission in diesem Punkt unzureichend. Da helfen keine Kommunikationsstrategie und kein Bekenntnis zum bürgernahen Europa, da hilft nur gute Politik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit Blick auf 2010 darf es meiner Meinung nach kein „Weiter so!“ geben. Wir müssen unsere Themen – sozia-

Dr. Eva Högl

- (A) le Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit – mit Leben erfüllen und zum Maßstab unseres Handelns machen, und zwar auch auf der europäischen Ebene.

Sozialpolitik ist nicht nur dazu da, wirtschaftliche Fehlentwicklungen zu korrigieren oder im Notfall einzuspringen. Wir brauchen ein Zusammenwirken der Bereiche Wirtschafts-, Finanz-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Bereiche sind untrennbar miteinander verbunden. Wir brauchen daher einen integrierten Ansatz. Genau das war der Ansatz der Lissabon-Strategie vom Jahr 2000. Diesen Ansatz, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir wiederbeleben.

Ich möchte es nicht bei allgemeinen Bekenntnissen belassen, sondern vier Punkte nennen, die, wie ich denke, konkrete Bestandteile der Strategie für 2010 sein sollten: Wir brauchen eine Initiative im Bereich des Arbeitsrechts. Europa muss sich darum kümmern, dass der Arbeitnehmerdatenschutz und die Mitbestimmung gesichert werden. Wir müssen das Prinzip „Gute Arbeit“ nicht nur in Deutschland, sondern auch auf der europäischen Ebene zum Leitmotiv machen. Im Sinne des Flexicurity-Ansatzes, über den wir schon viel diskutiert haben, müssen wir einen Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Wir brauchen eine europäische Initiative gegen Lohn-dumping. Arbeit muss fair entlohnt werden, und zwar in ganz Europa, und sie muss es ermöglichen, den Lebensunterhalt zu bestreiten. An dieser Stelle darf ich sagen: Da kann Deutschland von Europa lernen. Wir sollten, wie es uns unsere Nachbarstaaten vormachen, endlich den Schritt wagen, ein Bekenntnis zu gerechten Löhnen abzulegen und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich weise darauf hin – heute ist der Girls' Day; Kollege Steenblock hat es schon gesagt –, dass es unerträglich ist, dass es trotz des Bekenntnisses zu gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit, das seit 1958 in den Europäischen Verträgen steht, im europäischen Durchschnitt immer noch Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen von 17 Prozent gibt. In Deutschland sind es sogar 22 Prozent. Darum müssen wir uns kümmern.

(Beifall bei der SPD)

2010 wird auch das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sein. Dies ist ein ernstes Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu dem ich mir deutlichere Aussagen der Kommission in ihrer Strategieplanung gewünscht hätte; denn es ist bisher leider nicht gelungen, die Armut in Europa signifikant zu reduzieren. Auch weiterhin leben in Europa noch viel zu viele Menschen in Armut oder sind von Armut bedroht; nach aktuellen Untersuchungen sind es 16 Prozent. Deshalb brauchen wir eine Strategie zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, insbeson-

- dere von Kinderarmut. Wir brauchen in Deutschland wie in Europa nicht nur allgemeine Bekenntnisse, sondern klare Vorgaben mit klaren Zielen und konkrete Maßnahmen, und wir dürfen uns nicht dahinter zurückziehen, dass diese Themen keine Aufgabe der europäischen Ebene seien, sondern müssen anerkennen, dass die Mitgliedstaaten gefordert sind. Hier erwarten die Bürgerinnen und Bürgern etwas von uns, und hier muss Europa seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einen Punkt anschließen: Das Thema Soziales ist auch im Hinblick auf die externe Dimension, die die Kommission in ihrer Strategieplanung anspricht, von Bedeutung. Es ist wichtig, wie Europa sich beim Thema Soziales und Beschäftigung in der Welt aufstellt. Hier geht es weniger um Wettbewerb und Konkurrenz als vielmehr um Partnerschaft und Kooperation. Nach meiner Auffassung muss Europa dafür Sorge tragen, dass Prinzipien wie fairer Welthandel und die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards auch im Rest der Welt zum Maßstab werden. Hier muss Europa Vorbild sein.

Ich komme zu folgendem Ergebnis – gestatten Sie mir, dass ich so kritisch bin –: Bezogen auf Beschäftigung sowie auf soziale Sicherheit und sozialen Fortschritt gibt die Kommission in ihrer Strategieplanung nur unzureichende Antworten auf die drängenden Fragen, die uns gerade in der Wirtschaftskrise sehr bewegen. Deshalb sollten wir im Bundestag die Gelegenheit wahrnehmen und uns intensiv mit dem Arbeitsprogramm der Kommission, das noch folgen wird, auseinandersetzen. Den Vorschlag des Kollegen Steenblock finde ich sehr gut, einmal zu überlegen, ob wir dabei nicht der Gliederung folgen, um uns substanziell mit den einzelnen Themen befassen zu können. Ich persönlich halte dies für sehr lohnenswert.

Wenn wir diese Debatte engagiert führen und der Kommission etwas mit auf den Weg geben, dann haben wir uns damit zugleich für die kommende Debatte über die Lissabon-Strategie gerüstet, die 2010 auslaufen wird. Wir müssen uns überlegen, welche Strategie wir für die nächsten zehn Jahre für Europa entwickeln. Ich erhoffe mir, dass wir darüber in ausreichendem Maße diskutieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin, ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zu Ihrer ersten Rede in unserem Parlament und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. Ich hoffe, dass Sie hier noch viele Reden werden halten können.

(Beifall)

Ich gebe dem Kollegen Thomas Silberhorn, CDU/CSU-Fraktion, das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(A) **Thomas Silberhorn** (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Europäische Kommission benennt in ihrer Strategieplanung für 2010 durchaus die richtigen Schwerpunkte und Maßnahmen, die angegangen werden können, um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewältigen. Mindestens genauso interessant ist aber auch, was nicht in dieser Strategieplanung steht. Es ist schon angesprochen worden, dass sich dort zur Haushaltskonsolidierung kein Wort findet. Weil es stattdessen neue Ausgabenvorschläge für den Globalisierungsfonds und den Sozialfonds gibt, muss hier ganz deutlich gesagt werden: Die Zeit ist vorbei, in der wir über neue Konjunkturprogramme reden konnten. Wir müssen jetzt darangehen, die öffentlichen Haushalte zu sanieren und zur Konsolidierung zurückzukehren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zum Vertrauen in unsere Wirtschaftsordnung gehört auch, dass die Bürger wissen, dass wir mit den öffentlichen Finanzen vernünftig umgehen.

(Carl-Ludwig Thiele [FDP]: Sehr richtig!)

Deshalb muss im Rahmen dieser Strategieplanung ein ganz klares Signal zur Haushaltskonsolidierung, zu einer soliden Finanzpolitik und zu einer stabilen Geldpolitik gesetzt werden. Gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sollte die Kommission baldmöglichst die Signale setzen, damit wir nach der akuten Phase der Krise dazu kommen werden, dass die Maastricht-Kriterien wieder eingehalten werden und die Verschuldung der nationalen Haushalte begrenzt wird.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich wiederhole mich, wenn ich hier sage, dass auch durch den Bürokratieabbau ein substanzieller Beitrag dafür geleistet werden kann, wieder mehr Wachstum zu generieren. Die Vorschläge der Hochrangigen Gruppe unter Leitung von Edmund Stoiber müssen jetzt von der Kommission umgesetzt werden. Ich rate, dass auch die neue Kommission von uns in die Verpflichtung genommen wird, sich um die Umsetzung dieser Vorschläge zu kümmern und sich verbindliche Ziele beim Bürokratieabbau zu setzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommission widmet dem Thema bürgernahe Politik in der Strategieplanung ein eigenes Kapitel, sie schlägt in der Asylpolitik aber gleichzeitig Maßnahmen vor, die nach meiner tiefen Überzeugung von einem Großteil unserer Bürgerinnen und Bürger nicht mitgetragen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Kommission hat die Stirn, uns vorzuschlagen, die Sozialleistungen für Asylbewerber an das nationale Niveau der Sozialhilfe anzugleichen, und schlägt gleichzeitig vor, die Wartezeit der Asylbewerber für den Zugang zum Arbeitsmarkt von einem Jahr auf sechs Monate zu verkürzen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Bitte ein bisschen mehr Barmherzigkeit!)

Damit schafft sie in einer Situation, in der absehbar ist, dass die Arbeitslosigkeit in ganz Europa steigen wird, zusätzliche Anreize zur Migration. Dadurch erreicht sie auch keine Lastenverteilung in Europa, weil völlig klar ist, dass die Asylbewerber dann dorthin gehen werden, wo die höchsten Sozialleistungen geboten werden, was insbesondere bei uns der Fall ist. Schließlich kündigt man den nationalen Konsens in der Asylpolitik auf, den wir 1993 in Deutschland gefunden haben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Mit dem Asylkompromiss von 1993 haben wir, ohne dass es eine Große Koalition gegeben hat, einen gemeinsamen Weg zwischen der Union und der SPD gefunden, um die Anzahl der meist unberechtigten Asylbewerber – es waren über 400 000 – zu senken. Wir haben das geschafft, ohne dass einem wirklich politisch Verfolgten Asyl verweigert worden ist.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Barmherzigkeit! – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Das hatte doch etwas mit den Bürgerkriegen zu tun!)

Damit haben wir überhaupt erst den Spielraum dafür geschaffen, denjenigen, die wirklich verfolgt werden, tatsächlich helfen zu können. Deswegen tun wir bis heute mehr, als wir tun müssen, beispielsweise dadurch, dass wir erst vor kurzem Flüchtlinge aus dem Irak in Deutschland aufgenommen haben.

Wer das alles infrage stellen will, der wird zu den Diskussionen zurückkommen, die wir in den 90er-Jahren geführt haben und durch den Asylkompromiss gottlob beilegen konnten, nämlich zu den Diskussionen darüber, ob man sich das Individualgrundrecht auf Asyl, das eine deutsche Besonderheit ist und meiner Meinung nach aufrechterhalten werden muss, noch weiter leisten kann, und auch zu den Diskussionen darüber, in welchem Umfang wir Flüchtlinge über unsere Verpflichtungen hinaus aufnehmen können, wie wir das tun.

Die Kommission sichert nun fadenscheinig mündlich zu, dass wir in Deutschland das Asylbewerberleistungsgesetz nicht ändern müssen. Das ist ein Stück Verdummung, der man scharf entgegentreten muss. Lieber Herr Gloser, ich erwarte auch von Ihnen, dass die Bundesregierung gegen diese Vorschläge der Kommission unterschiedenen Widerstand leistet und verhindert, dass sie in der vorliegenden Form in Kraft treten können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Dr. Angelica Schwall-Düren [SPD]: Andere sagen etwas anderes, Herr Silberhorn!)

– Da ich hier Widerstand aus der SPD-Fraktion höre, sage ich ganz klar, dass die Wählerinnen und Wähler auch wissen müssen: Wer am 7. Juni 2009 zur Europawahl geht, der muss wissen, dass wir uns über die Richtung der europäischen Politik in der Sache auch streiten müssen.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Barmherzigkeit!)

Thomas Silberhorn

- (A) Wer nicht will, dass der Asylkompromiss, der von uns unter schwierigen Voraussetzungen gefunden worden ist und mit dem wir seit 16 Jahren gut leben, durch die Hintertür und die Europäische Kommission ausgehebelt wird, der muss am 7. Juni 2009 bei der Europawahl CDU bzw. CSU wählen, weil wir das mit unseren Abgeordneten im Europäischen Parlament verhindern werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Christian Lange
[Backnang] [SPD]: Setzen!)

– Beruhigen Sie sich. Sie können Zwischenfragen stellen,

(Dr. h. c. Gerd Andres [SPD]: So weit geht es nicht!)

wenn Sie mir widersprechen wollen.

Herr Kollege Steenblock, Sie haben vorhin etwas beiläufig gesagt, diese Bundesregierung sei in der Umweltpolitik ein Bremsen in Europa.

(Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gewesen, ja!)

Ich glaube, auch der Letzte in Deutschland hat gemerkt, dass es diese Bundesregierung gewesen ist, die schon im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 dafür gesorgt hat, dass wir in der Umweltpolitik und im Klimaschutz in der gesamten Europäischen Union und weltweit ein neues Kapitel aufgeschlagen haben.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU – Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Viel verkündet, aber nichts erreicht!)

Es ist auch die persönliche Autorität der Bundeskanzlerin gewesen, die dazu geführt hat, dass wir im Klimaschutz weltweit eine Vorreiterrolle eingenommen haben. Ich glaube, dass wir dies mit offensiver Kraft gut vertreten können. Wir alle haben daran mitgewirkt. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir diese Rolle, die wir europaweit und weltweit in der Umweltpolitik einnehmen, weiter gut ausfüllen.

Frau Präsidentin, wenn es gestattet ist, lassen Sie mich noch einen Punkt zur Sprache sagen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege, Sie haben bereits überzogen.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Wenn es gestattet ist, Frau Präsidentin?

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Zwei Sätze.

Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Ich freue mich, dass wir uns fraktionsübergreifend darin einig sind, dass wir die deutsche Sprache in der Europäischen Union fördern müssen und dass die Bundesregierung dies ausdrücklich in ihre Kommentierung zur Strategieplanung der Kommission aufgenommen hat. Wenn irgendwelche abseitigen Vorschläge lauten, wir

sollten in Europa nur noch Englisch reden, dann freue ich mich, dass wir uns in diesem Hause in allen Fraktionen darin einig sind, dass die Vertretung deutscher Interessen in der Europäischen Union anders aussieht. (C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD:
Herr Lammert hat das vorgeschlagen!)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:
- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hakki Keskin, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE
- Gewerkschaften in der Türkei stärken**
- Drucksachen 16/11248, 16/12655 –
- Berichterstattung:
Abgeordnete Thomas Bareiß
Dr. Lale Akgün
Dr. Daniel Volk
Dr. Hakki Keskin
Rainer Steenblock
- Zu Protokoll** gegebene **Reden** liegen von den Kolleginnen und Kollegen Thomas Bareiß, Lale Akgün, Markus Löning, Hakki Keskin und Claudia Roth vor.
- Thomas Bareiß (CDU/CSU):**
- Gegenstand der heutigen Debatte ist die Rolle der Gewerkschaften in der Türkei und die Notwendigkeit ihrer Stärkung. Die Situation der türkischen Gewerkschaften ist aber kein isoliertes Problem, sondern spiegelt den Reformbedarf wider, der in der Türkei auch nach über drei Jahren Beitrittsverhandlungen vorherrscht. Im Oktober 2005 wurden unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Die CDU/CSU hat sich von Anfang an skeptisch gegenüber einer Vollmitgliedschaft der Türkei geäußert und mit der privilegierten Partnerschaft ein Gegenkonzept vorgestellt, das der Bedeutung einer engen Beziehung angemessen ist und für beide Seiten große Vorteile bietet. Auch nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen sind die Grundsätze dieses Konzepts aktuell angesichts des offen gestalteten Verhandlungsprozesses, der ausdrücklich keine EU-Mitgliedschaft am Ende garantiert.
- Unabhängig von der Diskussion, die wir hier führen, will ich an dieser Stelle aber auch klarstellen, dass die Türkei ein enorm wichtiger Partner für die Europäische Union ist. Lassen Sie mich dazu zunächst einige Ausführungen machen, ehe ich anschließend zu den innertürkischen Problemen und einer Bewertung des Antrags der Linken zu sprechen komme. Zunächst einmal ist die Türkei ein wichtiger Handelspartner und Investitionsstandort, gehört sie doch mit einem Bruttosozialprodukt von 659 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 zu den 20 größten Volkswirtschaften der Welt. Das Außenhandelsvolumen betrug 277 Milliarden Euro. Die Türkei ist mit ihren 76 Millionen Einwohnern ein wichtiger Handelspartner für Europa und vor allem auch für Deutschland. So war die Bundesrepublik mit einem Anteil von rund 10 Prozent an den gesamten türkischen Wareneinfuhren im Jahr 2007 nach Russland zweitgrößter Lieferant der Türkei. Eine enge wirtschaftliche Kooperation bietet für beide
- Seiten große Vorteile. Das sehr junge Durchschnittsalter von rund 28 Jahren verdeutlicht, dass die Türkei nicht nur wirtschaftlich über ein enormes dynamisches Potenzial verfügt. Darüber hinaus ist die Türkei durch ihre geografische Lage ein wichtiges Bindeglied zwischen den Märkten Europas und den Erdöl und Erdgas exportierenden Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Region um das Kaspische Meer. Für die Energieversorgung Europas spielt die Türkei damit eine immer wichtigere Rolle. Ein Beispiel ist die Nabucco-Gasleitung, die Westeuropa unabhängiger von Russland machen soll. Der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine im vergangenen Winter hat die Dringlichkeit dieses Projekts unterstrichen.
- Vor allem ist die Türkei aber ein wichtiges NATO-Mitglied, nicht nur aufgrund der Tatsache, dass sie die zweitgrößte Armee des Bündnisses besitzt. Durch die Nähe zum arabischen Raum stellt sich die Türkei als ein wichtiger Partner in geostrategischer Hinsicht dar. Die Türkei grenzt an Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Iran, Irak und Syrien. Die Türkei hat sich in den letzten Monaten als wichtiger vermittelnder Brückenstaat zu diesen Ländern mit den dortigen Krisenherden entwickelt: Die Kaukasus-Initiative der türkischen Regierung zur Verbesserung der Beziehungen im Kaukasus, die Gespräche um den Berg-Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan, eine stärkere westliche Einbindung der Turkstaaten durch die Türkei sowie die türkische Vermittlerrolle zwischen Israel und Syrien zeugen von einer neuen verantwortungsvollen türkischen Sicherheits- und Außenpolitik. Die Türkei mit ihrer Staatsform und ihrer außenpolitischen Ausrichtung ist als starke Mittelmacht in der Region somit eine wichtige Brücke zum Nahen Osten und der islamischen Welt.
- Bei meinen Gesprächen mit türkischen Politikern und Delegationen stelle ich immer wieder fest, wie wichtig es ist, die enge Partnerschaft zwischen Europa und der Türkei hervorzuheben und zu festigen. Zu einem ehrlichen Umgang miteinander gehört aber auch, die Frage einer EU-Mitgliedschaft mit der gebotenen Sachlichkeit zu diskutieren und auf die Reformnotwendigkeit hinzuweisen. Ein Beispiel ist der Umgang mit den Gewerkschaften in der Türkei, was in dem Antrag der Linken auch zur Sprache kommt. Der Antrag greift aber ein einzelnes Problem auf, ohne die Lage in der Türkei insgesamt zu beleuchten und blendet damit bewusst andere Bereiche aus. Aus diesem Grund will ich an dieser Stelle die Situation der Gewerkschaften in der Türkei in einen Gesamtrahmen einbetten, indem ich in aller Kürze auf die nach wie vor großen Demokratiedefizite aufseiten der Türkei eingehe. Auf dem Europäischen Rat im Juni 1993 in Kopenhagen wurden die Kriterien beschlossen, die potenzielle Beitrittsländer zur Europäischen Union erfüllen müssen. Es handelt sich dabei neben der Aufnahmefähigkeit der Union um drei Gruppen von Kriterien, die von den Beitrittskandidaten erfüllt werden müssen, und zwar erstens wirtschaftliche Voraussetzungen, zweitens das Acquis-Kriterium und drittens die politischen Beitrittsvoraussetzungen. Die politischen Voraussetzungen, die nach dem Beschluss des Europäischen Rates vom Dezember 1993 eigentlich vor der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen

Thomas Bareiß

- (A) hätten erfüllt sein müssen, sind dabei die entscheidenden. In der Türkei herrschen nach wie vor enorme Defizite in zentralen Demokratie-Beitrittskriterien. Dazu gehören unter anderem der Schutz von Minderheiten, Frauenrechte, Meinungsfreiheit und Pressefreiheit. Erst vor kurzem wurde uns wieder deutlich vor Augen geführt, wie weit es um die Pressefreiheit in der Türkei bestellt ist: Die Dogan-Mediengruppe hatte kritisch über die Regierung Erdogan berichtet, worauf der Ministerpräsident die Dogan-Zeitungen als „Lügenpresse“ bezeichnete und zum Boykott aufrief. Zudem wird die Dogan-Gruppe durch eine drastische Steuerstrafe in ihrer Existenz bedroht. Der Vorwurf lautet, die Dogan-Gruppe habe im Zuge eines Anteilsverkaufs an den Springer-Verlag Steuern hinterzogen, und sie wurde zu Zahlungen in Höhe von 390 Millionen Euro aufgefordert. Das Ziel ist eindeutig, dass die „unbequeme“ Mediengruppe vom Markt verschwinden soll. Im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit ist auch der mehr als eingeschränkte Handlungsspielraum türkischer Gewerkschaften zu sehen. Bis die Türkei diese Grundwerte westlicher Demokratien nicht nur auf dem Papier verabschiedet hat, sondern die Gerichte und die Menschen diese Prinzipien auch verinnerlicht haben, wird wohl noch eine lange Zeit vergehen. Nicht nur angesichts des morgigen Jahrestages des Völkermordes an den Armeniern möchte ich zudem deutlich sagen, dass zu einer Demokratie auch die Aufarbeitung der eigenen Geschichte und die sich daraus ergebende Verantwortung gehören. Der Genozid an den Armeniern in den Jahren 1915 bis 1917 kostete Schätzungen zufolge über 1,5 Millionen Armeniern das Leben. Dieses Kapitel der türkischen Geschichte zu verleugnen, kann nicht hingenommen werden. Problematisch ist darüber hinaus auch der Zypern-Konflikt zu sehen. Bei aller Verantwortung, die auch von der griechischen Seite wahrzunehmen ist, muss deutlich gesagt werden, dass die Türkei in der Zypern-Frage gegen Völkerrecht verstößt, indem sie den Norden besetzt hält und sich einer Einigung Zyperns nach wie vor entgegenstellt. Das Ankara-Protokoll zur Ausweitung der Zollunion mit der EU auf Zypern hat die Türkei zwar Ende Juli 2005 unterzeichnet, sie weigert sich aber bis heute, ihre See- und Flughäfen für zyprische Schiffe und Flugzeuge zu öffnen. Mit dem Wahlsieg der türkischen Nationalisten in Nordzypern am vergangenen Wochenende dürfte eine Einigung des Konflikts mit den Vertretern des griechischen Teils Zyperns in noch weitere Ferne gerückt sein.

Nahezu unerträglich ist für mich aber, dass in der Türkei das Recht auf freie Religionsausübung nicht gewährleistet ist. Nach wie vor sind Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten in der Türkei äußerst schwierigen Bedingungen ausgesetzt, da sie allein aufgrund ihrer Religion oft als Feinde der Türkei bzw. des Türkentums angesehen werden. Von Religionsfreiheit ist die Türkei gerade auch unter der reformorientierten AKP-Partei noch weit entfernt. Bestes Beispiel dafür ist die heftige Debatte um das jüngst verabschiedete Stiftungsrecht in der Türkei. Dieses sieht die Rückgabe staatlich enteigneten Besitzes an kirchliche Stiftungen vor. Türkische Politiker fürchteten in diesem Zusammenhang den „Ausverkauf nationaler Interessen an die Christen und Juden“. Zudem verbessert das Gesetz die Stellung

der Christen nur unwesentlich, da der türkische Staat die Anerkennung eines öffentlich-rechtlichen Status für die Kirchen nach wie vor verweigert. Erst letzte Woche habe ich mir bei einer Reise in die Türkei ein Bild von den Missständen machen können, als ich mit Kollegen meiner Fraktion dem christlichen Kloster Mor Gabriel einen Besuch abgestattet habe. Das Kloster gehört zu den ältesten der Christenheit und steht als geistiges Zentrum der weltweit verzweigten syrisch-orthodoxen Kirche in Antiochia geradezu symbolisch für die schlimme Lage der Christen in der Türkei. Mor Gabriel muss um das Überleben kämpfen, da gegen das Kloster wegen angeblicher Aneignung fremden Bodens auch von staatlichen Stellen Anzeige erstattet wurde. Dadurch droht dem Kloster die Entziehung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage. Es kann nicht angehen, dass ein EU-Beitrittskandidat wie die Türkei so massiv gegen Religionsfreiheit als zentrales Demokratieprinzip verstößt. In der Verantwortung steht daher vor allem auch der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan. Wer wie Erdoğan mehr Rechte für Muslime in Deutschland fordert, der muss auch dafür Sorge tragen, dass Christen in der Türkei ihre Religion frei ausüben können. Angesichts der nach wie vor enormen Demokratiedefizite ist es völlig unverständlich, dass die EU-Kommission ihre Scheuklappen weiter aufbehält und unter der tschechischen Ratspräsidentschaft nun zwei weitere Beitrittskapitel eröffnen will. Hier muss auch einmal unseren türkischen Freunden deutlich gemacht werden, dass die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und der Reformstillstand in der Türkei nicht ohne Folgen für den Beitrittsprozess bleiben können.

(D) Ich will nun aber zurückkommen auf den Antrag der Fraktion der Linken zur Stärkung der Gewerkschaften in der Türkei. Wie gesagt stehen sicherlich richtige Dinge in diesem Antrag. So wird zu Recht kritisiert, dass die türkischen Gewerkschaften aufgrund restriktiver gesetzlicher Regelungen nur über einen sehr eingeschränkten Handlungsspielraum verfügen. Hinzu kommen institutionelle und rechtliche Hürden, wie kostenverursachende Beglaubigungs- und Registrierungs-pflichten von Gewerkschaftsmitgliedern oder strenge Voraussetzungen für die Bejahung der Tariffähigkeit. Bislang werden also weder die Standards in der EU noch die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO in Bezug auf die uneingeschränkte Achtung der Gewerkschaftsrechte erfüllt. Dies betrifft insbesondere das Organisationsrecht, das Streikrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen. Nicht regierungskonforme Gewerkschaften werden unterdrückt und ihre Funktionäre politisch verfolgt.

Dem Antrag kann aber dennoch aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden: Zunächst einmal weist der Antrag handwerkliche Fehler auf, die so nicht stehen gelassen werden können. So geht der Antrag stets von EU-Standards im Gewerkschaftsrecht aus. Diese gibt es im eigentlichen Sinne aber gar nicht. Die Regelungen der Mitbestimmung von Gewerkschaften sind national geregelt beziehungsweise in den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO verankert und zudem sehr unterschiedlich ausgeprägt. Aus diesem Grund kann daher, wenn überhaupt, höchstens von Standards in der EU gesprochen werden. Vor allem aber greifen die Antrag-

Thomas Bareiß

(A) *steller ein einzelnes Problem auf, ohne die Lage in der Türkei insgesamt zu beleuchten, wie ich es Ihnen geschildert habe. Ohne eine solche Einbettung in einen Gesamtrahmen kann man das Problem aber nicht stehen lassen. Schließlich ist die Situation mit den Gewerkschaften Teil eines größeren Problems, nämlich der Mangel an Demokratie im Allgemeinen und die Defizite im Bereich der Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit im Besonderen. Diese Defizite zeigen deutlich, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Türkei nach wie vor weit davon entfernt ist, die Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu erfüllen. Dies in der Konsequenz klar und deutlich zu nennen, scheuen sich aber die Linken mit ihrem Antrag.*

Dr. Lale Akgün (SPD):

In dieser Woche haben sich Vertreter der Europäischen Union und der Unterhändler der türkischen Regierung in Prag getroffen, um über die Zukunft der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei zu beratschlagen. Die Europäische Union hat dabei der Türkei vorgeschlagen, im Juni zwei neue Verhandlungskapitel, und zwar aus dem Bereich des Steuer- und Sozialrechtes, zu öffnen. Die Vertreter der Europäischen Union haben am 21. April unmissverständlich deutlich gemacht: Eine Öffnung neuer Verhandlungskapitel wird es nicht zum Nulltarif geben. Bevor die Kapitel eröffnet werden, muss die Türkei handfeste Fortschritte im Reformprozess vorweisen. Vor allem müssen die Gewerkschaften endlich mehr Rechte erhalten. Die Europäische Kommission hat damit im Vorfeld der Feierlichkeiten zum 1. Mai der Türkei deutlich signalisiert: Wenn sie Mitglied in der Europäischen Union werden will, kann es so mit den Gewerkschaftsrechten in der Türkei nicht weitergehen.

(B) *Ich begrüße es daher auch sehr, dass wir heute im Deutschen Bundestag über die Lage der Gewerkschaften in der Türkei diskutieren. Grundlage unserer Debatte ist der Antrag der Fraktion der Linken „Gewerkschaftsrechte in der Türkei stärken“. Schon bei den Beratungen im Europaausschuss haben wir als SPD-Fraktion deutlich gemacht, dass das Thema der Gewerkschaften für uns sehr wichtig ist. Es ist daher einfach schlicht falsch, wenn die Abgeordneten der Linken uns im Europaausschuss vorgehalten haben, wir seien in dieser Frage „zurückhaltend“. Für die SPD-Fraktion stimmt das nicht! Im Gegenteil: Wir haben die schrecklichen Ausschreitungen auf dem Istanbuler Taksim-Platz vom letzten Jahr noch sehr gut vor Augen. Eine Delegation der SPD-Bundestagsfraktion hat sich daher im Rahmen einer Delegationsreise nach Ankara im Januar dieses Jahres vor Ort einen Eindruck von der Situation der Gewerkschaften verschafft und mit Gewerkschaftsvertretern die Lage erörtert. Wir als SPD-Abgeordnete im Europaausschuss haben daher auch einen Koalitionsantrag zu den Gewerkschaftsrechten formuliert, der in seinen Forderungen sogar noch über Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der Linken, hinausgeht. Die SPD ist also nicht zurückhaltend, was die Gewerkschaften in der Türkei anbelangt; ich kann es nur noch einmal sagen: im Gegenteil. Das Zustandekommen dieses Antrages ist dabei nicht an unserer Zurückhaltung, sondern – und auch das möchte ich einmal offen sagen – er ist an der Zurückhal-*

tung unseres Koalitionspartners von der CDU/CSU gescheitert. (C)

Aus Gründen, die ich bis heute nicht ganz nachvollziehen kann, war die CDU/CSU nicht bereit, einen Koalitionsantrag zu Gewerkschaftsrechten in der Türkei mitzutragen. Es wurde vonseiten der CDU/CSU argumentiert, dass man sich zu dem jetzigen Zeitpunkt nicht zu Einzelfragen des Beitrittsprozesses äußern wolle. Wenn dem aber so ist, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, wieso widmen Sie sich dann in einem Antrag der Situation um das Kloster Mor Gabriel in der Türkei? Dabei handelt es sich doch wohl auch um eine Einzelfrage des EU-Beitrittes! Eine solche Argumentationsweise ist für mich nicht einsichtig.

Daher liegt uns heute nun also nur ein Antrag der Linken zur Abstimmung vor. Und diesem Antrag können wir als SPD – auch wenn wir mit der Situationsbeschreibung und einigen der Forderungen der Linken übereinstimmen, nicht zustimmen; denn der Antrag geht uns nicht weit genug. Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich zunächst die Lage der Gewerkschaften in der Türkei aus unserer Sicht darstellen. Wir stimmen mit der Linken darin überein, dass in der Türkei bei der Verwirklichung der Rechte von Gewerkschaften immer noch erhebliche Mängel bestehen.

(D) *Die türkische Verfassung garantiert zwar den Arbeitnehmern das Recht, sich frei in einer Gewerkschaft zusammenschließen zu dürfen. Aber die Realität sieht anders aus. Die rechtliche Stellung der Gewerkschaften hat sich mit dem Militärputsch von 1980 gravierend verschlechtert und ist bis heute nicht ausreichend gesichert. Reformen wurden dabei lange durch die mächtigen staatsnahen Gewerkschaften und Arbeitgeber blockiert. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gewerkschaftsrechte in der Türkei stehen heute immer noch nicht im Einklang mit einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und dem EU-Recht. Vor allem beim Vereinigungs- und Streikrecht und bei dem Recht auf Kollektivverhandlungen gibt es große Probleme. Die Internationale Arbeitsorganisation und der Internationale Gewerkschaftsbund kritisieren, dass Gewerkschaften in der Türkei an Tarifverhandlungen nur dann teilnehmen können, wenn mindestens 10 Prozent der Beschäftigten in einer Branche im Land in einer Gewerkschaft organisiert sind und zugleich mehr als 50 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes in dieser Gewerkschaft organisiert sind. Diese sogenannte Ermächtigungsklausel stammt aus dem Jahr 1983 und ist immer noch in Kraft. Diese Regelung erschwert die Ausübung gewerkschaftlicher Rechte in extremer Weise. So sind bis zum heutigen Tag nur circa 25 Prozent der Arbeitnehmer nach einem gewerkschaftlichen Tarif beschäftigt. Das kann und darf nicht sein! Auch die Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist nach wie vor mangelhaft ausgeprägt. So wird offiziell von einer Unabhängigkeit der Gewerkschaften gesprochen, in realität jedoch nimmt die Regierung durchaus immer noch Einfluss auf die Gründung, die Struktur und die finanzielle Situation der Gewerkschaften. So brauchen die Gewerkschaften eine Erlaubnis des Arbeitsministeriums, wenn sie in einem Unternehmen tätig werden wollen.*

Dr. Lale Akgün

- (A) Auch für die Abhaltung von Versammlungen oder Demonstrationen wird eine Erlaubnis gebraucht, an Versammlungen nimmt immer ein Regierungsvertreter teil.

Als letztes möchte ich hier noch das Streikrecht erwähnen. Dieses darf in der Türkei nur bei Tarifverhandlungen ausgeübt werden. Alle Formen von Warn-, General- oder Unterstützungstreiks sind seit 1980 grundsätzlich verboten. Dazu kommt noch: Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes besitzen weder Streik- noch Tarifrecht. Sie dürfen bei Gehaltsverhandlungen nur beraten. Und einige Bereiche, wie zum Beispiel der Bildungs-, der Kranken- und der Pflegebereich haben gar kein Streikrecht.

Diese Situation ist für die türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überhaupt nicht zufriedenstellend. Sie entspricht weder den Standards der EU, noch denen der Internationalen Arbeitsorganisation. So weit gehen wir also d'accord mit einer Einschätzung der Lage, wie sie auch von der Fraktion der Linken in ihrem Antrag vorgenommen wurde. Wir können uns daher auch der Aufforderung der Linken an die Bundesregierung anschließen, sich sowohl im bilateralen Rahmen als auch auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass eine Angleichung der Gewerkschaftsrechte in der Türkei an die Normen der EU und der IAO erfolgt. Auch wir als SPD wollen, dass das geplante Gesetz über die Gewerkschaftsrechte in der türkischen Nationalversammlung verabschiedet wird und fordern die Bundesregierung auf, sich hierfür einzusetzen. Faire Tarifverhandlungen, ein umfassendes Recht auf Streik und das Verbot von Aussperrungen sind wichtige Bereiche, die es neu zu regeln gilt.

- (B) So wichtig diese Forderungen aber sind – sie gehen uns nicht weit genug. Die Situation der Gewerkschaften in der Türkei ist schließlich durch eine starke Zersplitterung und durch ein Nebeneinander von vier Dachverbänden, den staatsnahen, den islamisch orientierten, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und den revolutionären Gewerkschaften, geprägt. Dabei sind die meisten Arbeitnehmer immer noch in den staatsnahen Gewerkschaften organisiert.

Dies möchten wir betonen, und wir halten es auch für wichtig, dies ausdrücklich in einem Antrag auszuformulieren. Die Stellung der nicht staatsnahen Gewerkschaften muss gestärkt werden; denn gerade sie sind immer wieder Repressionen ausgesetzt. So ist im letzten Jahr das Büro der DISK, des Bundes Revolutionärer Gewerkschaften, angegriffen worden. Deshalb halten wir es zum Beispiel für wichtig, dass Vertreter anderer Gewerkschaften als des nur staatsnahen Bundes der Türkischen Arbeitergewerkschaften, Türk-İş, an offiziellen und anderen Gesprächskreisen bei der Internationalen Arbeitsorganisation miteinbezogen werden. Neben diesem Punkt kommt uns im Antrag der Linken auch die europäische Dimension etwas zu kurz. Gewerkschaftsrechte in der Türkei können nur im Rahmen der Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei verwirklicht werden. Deshalb ist es auch so wichtig, dass – wie eingangs erwähnt – die EU weitere Verhandlungskapitel erst dann eröffnet, wenn endlich das neue Gewerkschaftsrecht verabschiedet wird.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf den anstehenden Tag der Arbeit gilt es, das noch einmal ganz deutlich

auszusprechen. Wir fordern die türkische Regierung auf, das Verbot der Maifeiern, wie es seit den blutigen Auseinandersetzungen seit 1970 besteht, endlich aufzuheben. Wir fordern sie auf, das neue Gewerkschaftsrecht zu verabschieden. Dann können auch die Verhandlungen zwischen der Türkei und der EU wieder neuen Schwung bekommen. Dann kann die EU im Juni die Verhandlungskapitel zur Steuer- und Sozialpolitik eröffnen. Und dann, meine Damen und Herren, wird auch die Beitrittsperspektive wieder ein Stück realistischer. Zum EU-Beitritt der Türkei stehen wir Sozialdemokraten im Bundestag weiterhin!

Den türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, vor allem den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unter ihnen, wünschen wir von hier aus einen erfolgreichen und friedlichen 1. Mai 2009.

Markus Löning (FDP):

Die FDP wird diesen Antrag ablehnen. In der Türkei gibt es einiges gesellschaftlich und politisch zu verbessern. Aber Ihr Antrag ist einseitig, unausgewogen und kurzsichtig. Dieser Antrag ist von der ersten bis zur letzten Zeile ein Gefälligkeitsantrag für Gewerkschaftsfunktionäre in der Türkei mit zweifelhafter politischer Einstellung. Ihr Kalkül ist doch ganz klar; Sie wollen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei politisch aufladen. Darin unterscheiden Sie sich nicht von der CSU.

Wir Liberale nehmen die Verhandlungen mit unserem Partner Türkei ernst. Wir lehnen es ab, sie zum Spielball von Populisten im Wahlkampf zu machen. Wir werden langfristige deutsche und europäische Interessen nicht in der Wahlkampfarena auf Berliner Straßen opfern. Denn es ist ganz klar Ihre Absicht, in den traditionell sozialdemokratischen Gefilden türkischer Verbände in Deutschland zu wildern. Die Folgen sind Ihnen egal. Sie wissen genau, dass das, was wir hier im Bundestag zum Thema Türkei machen, eins zu eins in den türkischen Medien Widerhall findet. Und ob es zu innenpolitischen Spannungen in der Türkei kommt oder zu Belastungen der Beitrittsverhandlungen, ist Ihnen offensichtlich egal. Dieses Spielchen ist kurzsichtig und höchstgradig unseriös, wie Ihre gesamte Europapolitik.

Der vorliegende Antrag leidet zudem daran, dass er die Situation der Gewerkschaften einseitig hervorhebt und daraus einen generalisierenden Blick auf die innenpolitische Situation in der Türkei ableitet. Von einem seriösen Antrag wäre zu erwarten gewesen, dass er die politischen und wirtschaftlichen Fortschritte seit Aufnahme der Beitrittsverhandlungen anerkennt. Davon ist im Antrag absolut nichts zu finden. Stattdessen rekurrieren Sie auf amerikanischen Einfluss beim ersten türkischen Gewerkschaftsgesetz 1947. Verehrte Kollegen, in welcher Zeit leben Sie denn? Soll ich Ihnen antworten, dass die Sowjets 1947 damit begonnen haben, die Gewerkschaften zum Werkzeug der vereinigten Arbeiterpartei zu organisieren, was ihnen mit dem gleichgeschalteten FDGB bis 1989 auch gelungen ist? Diese Art der Argumentation ist doch selbst unter Ihrem – zugegeben sehr niedrigen – Niveau.

Markus Löning

(A) *Noch ein Wort zum Thema Versammlungsfreiheit in der Türkei. Damit keine Missverständnisse entstehen: Für die FDP ist die Versammlungsfreiheit ein elementares Grundrecht, an dem es nichts zu rütteln gibt. Uns ist auch die Situation in der Türkei sehr wohl bekannt. Ihr Verhalten ist jedoch unfassbar scheinheilig. Denn Sie versuchen mit solchen Anträgen, die laufenden Beitrittsverhandlungen zu stören, die ja gerade die Verpflichtung der türkischen Seite auf die europäischen Grundrechte – und damit auch das Recht auf Versammlungsfreiheit – fest verankern sollen.*

Auch der Vertrag von Lissabon, den Sie gemeinsam mit dem Kollegen Gauweiler und in einem Boot mit der NPD so leidenschaftlich bekämpfen, erklärt die EU-Grundrechtecharta für rechtsverbindlich und damit auch Art. 12 der Charta. Da Sie den Text offensichtlich nicht kennen, lese ich Ihnen den Text vor: „Jede Person hat das Recht, sich insbesondere im politischen, gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich auf allen Ebenen frei und friedlich mit anderen zu versammeln und frei mit anderen zusammenzuschließen, was das Recht jeder Person umfasst, zum Schutz ihrer Interessen Gewerkschaften zu gründen und Gewerkschaften beizutreten.“ Ihre Ablehnung des Lissabonner Vertrages ist nichts als dummer Populismus.

Wenn Sie sich hier also als Rächer der Gewerkschaftsfunktionäre aufspielen, ist das scheinheilig, kurzsichtig und auch gefährlich. Denn wir alle wissen, warum Sie hier voller Pathos ins Gewerkschaftshorn blasen und im Vorfeld nicht bereit waren, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Denn der 1. Mai steht vor der Tür. Und da wollen Sie sich gerne etwas revolutionär aufhübschen. Und da scheinen Ihnen Straßenschlachten wie im letzten Jahr in Istanbul ganz gut in den Kram zu passen. Dies sollte nicht der Stil politischer Auseinandersetzung in diesem Haus sein. Ich fordere Sie deshalb auf: Legen Sie ihre Scheinheiligkeit ab, denn in Wirklichkeit schaden Sie mit diesem Antrag den Interessen Deutschlands, aber genauso den Interessen der türkischen Gewerkschaften.

Dr. Hakki Keskin (DIE LINKE):

In wenigen Tagen feiern wir wieder den 1. Mai, einen durch die internationale Arbeiterbewegung erkämpften Feiertag. Mit Freude und großer Zustimmung habe ich vernommen, dass das türkische Parlament gestern den 1. Mai zum offiziellen Feiertag erklärt hat. Dieser Schritt war schon seit Jahren notwendig, und trotzdem freut es mich, dass in Zukunft auch in der Türkei der „Tag der Arbeit und Solidarität“ offiziell gefeiert werden wird.

Wenn dies auch eine positive Entwicklung ist, dürfen die Bilder des vergangenen 1. Mai nicht vergessen werden. Das brutale Vorgehen der Polizei am 1. Mai 2008 in Istanbul war der Beweis für einen willkürlichen und gewalttätigen Umgang mit den Demonstranten und den Vertretern der Gewerkschaften. Menschen erlebten die polizeilichen Eingriffe in Form von Tränengas und körperlicher Gewalt. Dieses unverhältnismäßige Vorgehen hat gezeigt, dass unabhängige und starke Gewerkschaften von der türkischen Regierung weiterhin als Gefahr wahrgenommen und nicht als Elemente einer

demokratischen Gesellschaft akzeptiert werden. Dabei brauchen die türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerade jetzt starke Gewerkschaften. Insbesondere in den vergangenen Jahren kam es angesichts der massiven Privatisierung unter der Regierung Recep Tayyip Erdoğans immer wieder zu Massenentlassungen und einem stetigen Wachsen des Niedriglohnssektors. (C)

Als EU-Erweiterungsbeauftragter der Fraktion Die Linke frage ich mich, warum die Situation der Gewerkschaften im Beitrittsland Türkei in den jährlichen Kommissionsberichten völlig ignoriert wird. Durch eine Vielzahl institutioneller und rechtlicher Hürden werden Gewerkschaften daran gehindert, die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entsprechend zu vertreten und sich gegenüber der Arbeitgeberseite zu behaupten. Sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die bestehenden rechtlichen Hürden für effektive Gewerkschaften nicht wichtig genug für die Europäische Union? In unserem Antrag fordern wir, dass in künftigen EU-Kommissionsberichten die Lage der Gewerkschaften intensiv beobachtet und ausführlich bewertet wird. Insbesondere die mangelnde Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie die rechtlichen Hürden für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft sollten dabei im Mittelpunkt stehen. Auch sollte auf EU-Ebene eine zeitnahe Angleichung des Gewerkschaftsrechts in der Türkei an die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die Standards der EU gefordert werden.

Ich rufe dazu auf, den Umgang der Polizeikräfte unter der Order der AKP-Regierung am 1. Mai aufmerksam zu beobachten. Sollten sich die Gewaltaktionen vom vergangenen Jahr wiederholen, wäre dies ein weiteres Armutszeugnis für die AKP-Regierung mit Blick auf ihr Demokratieverständnis. (D)

Claudia Roth (Augsburg) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei ist eine leidvolle und zugleich kämpferische Geschichte. In Zeiten des Kalten Krieges standen die Gewerkschaften im NATO-Land Türkei unter einem fortwährenden Generalverdacht. Dies führte zu unglaublichen Restriktionen und Einschränkungen von selbstverständlichen und fundamentalen Rechten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Die Entrechtung und Kriminalisierung von Arbeitnehmern fand ihre traurigen Höhepunkte in der brutalen Unterdrückung und dem blutigen Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Aktivistinnen und Aktivisten der Gewerkschaften und gegen Arbeitnehmervertretungen. Die Erinnerung an die Erschießung von über 30 Demonstrierenden am 1. Mai des Jahres 1977 auf dem Istanbuler Taksim-Platz ist in der Türkei immer noch sehr lebendig und weiterhin Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen. Wir unterstützen die Forderungen der türkischen Gewerkschaften, die Aufklärung der Umstände dieses grauenhaften Ereignisses einem gemeinsamen Untersuchungsausschuss anzuvertrauen, der endlich zur Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels der türkischen Geschichte beitragen könnte.

Claudia Roth (Augsburg)

- (A) Auch die Position der türkischen Regierung und der Istanbuler Stadtbehörden im Streit um die Genehmigung von 1.-Mai-Kundgebungen auf dem zentralen Taksim-Platz in Istanbul ist trotz aller Symbolik unverständlich. Die tragischen Folgen eines solchen Streits haben wir am 1. Mai 2008 zur Kenntnis nehmen müssen: Das gewaltsame Vorgehen der Polizei gegen Demonstrierende und Gewerkschaftler mit zahlreichen Leidtragenden hat auch in Deutschland Entsetzen ausgelöst. Dieses Verhalten verhöhnt die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Denn das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit ist ein Grundrecht, das überall und insbesondere auch in einem Land, das EU-Beitrittskandidat ist und Beitrittsverhandlungen mit der EU führt, gewährleistet werden muss.

Die türkische Regierung muss umgehend dafür Sorge tragen, dass die gegenwärtige Rechtlosigkeit der Gewerkschaften in der Türkei überwunden und die Restriktionen im Bereich von Grundrechten beseitigt werden. Sie steht in der Pflicht, die Reformen mit mehr Leidenschaft im Sinne der Beitrittsverhandlungen voranzutreiben. Das gilt auch für die Öffnung zweier neuer Verhandlungskapitel zur Steuer- und Sozialpolitik, die im Sommer erfolgen soll. Es ist richtig, wenn die EU die türkische Regierung auffordert, den Gewerkschaften mehr Rechte einzuräumen und Reformen fortzusetzen, die das Gewerkschaftsrecht in der Türkei an die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation und die Standards der EU angleicht. Es ist nicht nur im Interesse der EU, sondern vor allem im Interesse der Türkei und der türkischen Demokratie, dass die Türkei ein modernes Gewerkschaftsgesetz verabschiedet. Denn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind ohne Beteiligungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ohne Teilhabe und Partizipationsmöglichkeiten nicht vorstellbar. Die türkische Politik, aber auch die Wirtschaft, die multinationalen und europäischen Konzerne und die EU müssen in ihren Wirkungsbereichen bzw. Betrieben die Einhaltung moderner Arbeits- und Sozialstandards garantieren.

(B)

Es gab und gibt keine Entschuldigung für den Reformstau, der in den letzten zwei Jahren so viel politischen Schaden angerichtet hat. Erfreulich ist allerdings, dass die türkische Regierung in diesen Tagen eine alte Forderung der Gewerkschaften erfüllt hat: Nachdem bereits das nach den blutigen Auseinandersetzungen in Istanbul 1977 ausgesprochene Verbot der Maifeier zurückgenommen wurde, wird von diesem Jahr an der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag für alle türkischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein.

Unsere Kritik an der Lage der türkischen Gewerkschaften und am Reformstau geht mit Anerkennung und Ermutigung für das Vorhaben der Regierung und ihres neuen Chefunterhändlers Bagis einher, nach dem Kabinettsbeschluss über ein nationales Reformprogramm mit mehr als 130 Gesetzesänderungen nun schnell mit den parlamentarischen Beratungen zu beginnen. Nur so können die beschlossenen Reformen in angemessenem Tempo umgesetzt werden.

Große Sorgen bereitet uns das aktuelle Vorgehen der türkischen Justiz gegen die kurdische Partei DTP und

ihre Spitzenpolitiker, gegen die mit großen Mehrheiten (C) gewählten Bürgermeister kurdischer Städte und gegen kurdische Aktivistinnen und Aktivisten. Die türkische Regierung steht in der Pflicht, alles zu tun, um der nationalistischen Stimmungsmache, die gegenwärtig zu beobachten ist, ein Ende zu setzen. Sie muss die Einhaltung der demokratischen Rechte aller türkischen Staatsbürgerinnen und -bürger gewährleisten. Die zügellosen Nationalisten und Demokratiefeinde in der Justiz und anderen Bereichen, die an einer alten, längst überholten Türkei festhalten wollen, kann die Regierung Erdoğan mit einer vorbehaltlosen Abschaffung und Streichung von Zensur- und Unterdrückungsparagrafen ins Leere laufen lassen. Die Regierungspartei AKP ist selbst aber reformmüde und damit Teil der Kräfte, die die Reformdynamik bremsen. Die EU sollte der entsprechenden Forderung an die türkische Regierung mehr Nachdruck verleihen, verbunden mit einer glaubwürdigen Beitrittsperspektive für die Türkei und einer ehrlichen Verhandlungspolitik.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/12655, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/11248 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Die Gegenprobe! – Die Enthaltungen? – Damit ist die Beschlussempfehlung bei Zustimmung durch CDU/CSU, FDP und SPD und Gegenstimmen durch Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke angenommen.

(D)